

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur: 249  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am 1. September 1933

## Die Wiener Kleingartenbewegung.

Einem Bericht des Leiters der städtischen Kleingartenstelle über die Geschichte und Entwicklung der Wiener Kleingartenbewegung entnehmen wir:

Während im Ausland schon vor dem Krieg eine grosse Kleingartenbewegung bestand, war davon in Wien noch nicht viel zu bemerken. Zu einer Zeit, da es in England und vor allem in Deutschland schon viele Zehntausende von Kleingärtnern gab, hatten wir hier in Wien die Kleingärtnerei nur in ganz geringem Umfang. Die ersten Kleingärten, die sich die Wiener anlegten, befanden sich nicht innerhalb der Stadtgrenze, sondern bei Purkersdorf an der Westbahnstrecke. Mitglieder eines Naturheilvereines kauften bei "Deutschwalde" ein Grundstück, das nur zum Teil bewirtschaftet wurde, während der grössere Teil als Wiese diente, die insbesondere an Sonntagen und zur Urlaubszeit viel besucht war. Die ersten wirklichen Kleingärten wurden in der Nähe der Alten Donau als "Lust- und Nutzgärten" angelegt. Es ist ganz interessant, festzustellen, dass der alte "Berndl", der das Gänschäufel entdeckte, zu den Gründern der ersten Kleingartenanlagen in Wien gehörte. Ungefähr zur gleichen Zeit wurde an der entgegengesetzten Seite von Wien, an einem steilen Abhang in der Nähe der Pflegeanstalt "Steinhof" die Kleingartenanlage "Rosental" gegründet. Mit vieler Mühe und grosser Anstrengung wurde der Steilhang terrassenförmig abgestuft, das Stein- und Schottermaterial weggeschafft und Humuserde zugeführt. Die Wiener der Vorkriegszeit hatten mit Kopfschütteln dieses seltsame Tun angesehen und konnten durchaus nicht begreifen, dass Menschen aus eigenem Antrieb eine solche mühselige Arbeit vollführen. Man nannte daher die Schrebergärtner dieser Anlage noch jahrelang die "harmlosen Irren aus Steinhof". Heute gehört sowohl die Kolonie "Rosental" als auch der "Lust- und Nutzgarten" zu den bestkultivierten Kleingartenanlagen Wiens. Ausser diesen beiden Gruppen entstand <sup>en</sup> im Süden von Wien, und zwar in Meidling, der Verein "Esparsette" und im Norden, in Hernals, die Anlagen der Vereine "Kreuzbau", "Marienkolonie" und "Alsegg". Insgesamt dürften aber damals kaum mehr als 500 Personen an der Kleingartenbewegung teilgenommen haben.

Eine sprunghafte Entwicklung der Kleingartenbewegung vollzog sich in der Kriegs- und Nachkriegszeit. Die Nahrungs- und Futtermittelnot zwang die Behörden, Anforderungsgesetze zu erlassen, wonach sowohl Baustellen als auch nicht genügend bewirtschaftete landwirtschaftliche Flächen zu Kleingartenzwecken angefordert werden konnten. Uebersdies wurde die Bevölkerung Wiens aufgefordert, jedes brachliegende Grundstück zu bewirtschaften.

Während im Jahre 1914 in Wien etwa 500 Kleingärtner auf ungefähr 150.000 Quadratmetern Kleingartengrund wirtschafteten, weist die Statistik für das Jahr 1920 bereits 25.000 Kleingärten auf 7.500.000 Quadratmetern Kleingartengrund aus. Vom Jahre 1914 bis zum Jahre 1920 zeigt sich ein ununterbrochenes Ansteigen der Zahl der Kleingärtner und des für Kleingärten verwendeten Grundes. In dieser Zeit wurde der Kleingarten ausschliesslich zur Behebung der Lebens- und Futtermittelnot verwendet.

Wie bedeutsam während der Kriegs- und Nachkriegszeit das Kleingartenwesen für die Nahrungsmittelproduktion in Wien war, beweist eine Zu-

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

II. Blatt.

Wien, am 1. September 1933

sammenstellung über die Ernte in den Wiener Kleingärten. Im Jahre 1914 wurden auf Wiener Kleingärten 40.000 Kilogramm Kartoffel, 280.000 Kilogramm Gemüse, 60.000 Kilogramm Obst und 10.000 Kilogramm Beerenobst geerntet. Während des Krieges und in den ersten Jahren der Nachkriegszeit erhöhte sich die Ernte von Jahr zu Jahr um ein Beträchtliches. Das ersieht man am besten daraus, dass im Jahr 1920 in den Wiener Kleingärten schon 2.000.000 Kilogramm Kartoffel, 14.000.000 Kilogramm Gemüse, 3.000.000 Kilogramm Obst und 500.000 Kilogramm Beerenobst geerntet wurden und dass die Ernte des Jahres 1921 gar 2.400.000 Kilogramm Kartoffel, 16.800.000 Kilogramm Gemüse, 4.200.000 Kilogramm Obst und 600.000 Kilogramm Beerenobst betrug.

Während des Krieges wurden auch die Wiener Schulkinder zur Bewirtschaftung des Bodens herangezogen. Es wurden Kleingartengründe unter ihnen verteilt, wobei die Lehrer die Leitung der Anbauaktion übernahmen und die Behörden für die Werkzeugbeschaffung sorgten. Das Ausmass der für diese Schulkinderaktion gewidmeten Anbauflächen war beträchtlich. Es betrug bereits im Jahre 1915 140.000 Quadratmeter und stieg bis zum Jahre 1919 auf 280.000 Quadratmeter.

In der Kriegs- und Nachkriegszeit ist also die Kleingartenbewegung in Wien zu einer Massenbewegung geworden. Dabei verteilen sich die Kleingärten auf alle Aussenbezirke Wiens. Am grössten ist ihre Zahl in Floridsdorf, dann folgen die Bezirke Hietzing, Simmering, Meidling, Favoriten, Ottakring, Leopoldstadt, Döbling, Hernals, Währing und Fünfhaus; verhältnismässig klein ist die Zahl der Kleingärten auf der Landstrasse, in der Brigittenau und in Margareten.

Wenn man bedenkt, dass die seit dem Jahre 1920 geschaffenen grossen Park- und Gartenanlagen der Gemeinde Wien, wie zum Beispiel der Floridsdorfer Aupark, der Wasserpark, der Kongresspark, der Herderpark, der Schubertpark, der Hartäckerpark und der Haydnpark, zusammen ein Ausmass von 731.000 Quadratmetern haben und dass alle 420 öffentlichen Parkanlagen der Gemeinde Wien zusammen 2.570.000 Quadratmeter gross sind, erkennt man die Bedeutung der Kleingartenbewegung in Wien, die Grundflächen im Ausmass von 7.500.000 Quadratmetern bewirtschaftet.

Da während der Kriegs- und Nachkriegszeit die Kriegsgemüse- gärten willkürlich an Bauplätzen, zukünftigen Strassenflächen, zukünftigen öffentlichen Parkanlagen und dergleichen entstanden sind, musste die Gemeinde ordnend eingreifen. Es wurden Kleingartengebiete geschaffen und Aufteilungs- und Aufschliessungspläne verfasst, um Ordnung und System in die Bewegung zu bringen. Doch nicht nur mit Vorschriften und Kleingartenordnungen hat die Gemeinde Wien die Kleingartenbewegung beeinflusst, sondern sie hat selbst Musterkleingartenanlagen geschaffen. Mit der Errichtung solcher Musterkleingartenanlagen wurde im Jahre 1926 begonnen; und zwar wurde zunächst ein Kleingartengebiet in Floridsdorf "Am Aeugel" erschlossen. Die anerkannt gute Lösung dieses Problems veranlasste die Gemeinde Wien, diese Aktion fortzusetzen und weitere Musteranlagen zu schaffen. Zu diesem Zweck wurden den Kleingärtnern unverzinsliche Kredite gewährt, die in Form von Pachtzinsumlagen in einem Zeitraum von 2 bis 10 Jahren hereingebracht werden. Mit Hilfe dieser Kleingartenförderung wurden nun in den letzten Jahren in Wien 18 Musterkleingartenanlagen errichtet; sie verteilen sich auf alle äusseren Bezirke Wiens, und zwar wurden in

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

III. Blatt.

Wien, am 1. September 1933

Favoriten 3, in Meidling 1, in Hietzing 2, in Hernals 2, in Währing 2, in Döbling 1 und in Floridsdorf 7 neue Anlagen errichtet. Alle 18 Anlagen enthalten zusammen 1.425 Kleingartenlose.

Aus kleinen Anfängen ist so eine mächtige Kleingartenbewegung in Wien entstanden, die auch auf die zukünftige bauliche Entwicklung der Stadt von grossem Einfluss sein wird.

-----

## Autobusverkehr in der Messewoche.

Übermorgen, Sonntag, den 3. September, und am Sonntag, den 10. September, verkehrt eine Autobuslinie vom Westbahnhof über die Mariahilferstrasse-(Messepalast) Neue Burg-Stephansplatz-Praterstern zum Südportal der Rotunde und zurück.

An den Werktagen von Montag, den 4. September, bis einschliesslich Samstag, den 9. September, wird die Autobuslinie 9 vom Praterstern bis zum Südportal der Rotunde verlängert.

-----

## Unbefugte Sammlungen für die Feuerwehr der Stadt Wien.

### Eine Warnung.

Es ist in der letzten Zeit wiederholt vorgekommen, dass verschiedene Personen, die teils in Zivil, teils in Feuerwehruniform auftreten, von Privaten Spenden für verschiedene Feuerwehrzwecke zu erlangen versucht haben. Die Sammler weisen dabei auf eine Pensionskasse, Unfallkasse, Sterbekasse, Witwen- und Waisenunterstützung, auf einen Gerätefonds, Kostenersatz für Interventionen der Feuerwehr, auf Stiftungsfeste, Feuerwehrfahnen und dergleichen hin.

Die Feuerwehr der Stadt Wien teilt dazu mit, dass sie weder für sich selbst, noch für Wohlfahrtsinstitute ihrer Angestellten irgendwelche Spenden sammelt. Interventionen der Feuerwehr, die im allgemeinen Interesse liegen, werden innerhalb der Gemeindegrenzen ohne jedes Entgelt durchgeführt; für solche Aktionen werden auch keinerlei Gebühren eingehoben. Die wenigen Siedlungsfeuerwehren, die im Wiener Gemeindegebiet noch bestehen, werden, soweit dies notwendig ist, von der Gemeinde Wien mit der notwendigen technischen und persönlichen Ausrüstung versorgt. Die Wiener Feuerwehr hat jedenfalls keine Veranlassung, irgendwelche Sammlungen zu veranstalten, und stellt sich lediglich im Rahmen öffentlicher Sammeltage zur Verfügung.

Das Kommando der Feuerwehr der Stadt Wien ersucht daher, Personen, die unter Berufung auf die Feuerwehr der Stadt Wien oder auf irgendwelche Spezialaufgaben der Feuerwehr Spenden sammeln, zum Nachweis ihrer Sammelberechtigung aufzufordern und nötigenfalls dem nächsten Sicherheitswachebeamten zur Feststellung der Sammelberechtigung anzuzeigen.

-----

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur: 250  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am 2. September 1933

## Die geplante Aufhebung der Nahrungs-oder Genussmittelabgabe.

In einer amtlichen Aussendung ist gestern spät nachts mitgeteilt worden, dass der Ministerrat den Bundesminister für Finanzen ermächtigt habe, die Aufhebung der Nahrungs-oder Genussmittelabgabe in den Ländern und Gemeinden, in denen diese Abgabe besteht, mit Wirksamkeit vom 1. September durchzuführen.

Diese beabsichtigte Massnahme würde vor allem die Gemeinde Wien treffen. Das Gesetz über die Wiener Nahrungs-oder Genussmittelabgabe ist in seiner heutigen Gestalt auf eine Vereinbarung zwischen Bundesregierung und Wiener Gemeindeverwaltung zurückzuführen. Durch ein besonderes Bundesgesetz vom 27. März 1931 ist die Gemeinde Wien ermächtigt worden, diese Abgabe auch weiterhin einzuheben. In dem förmlichen Vertrag, der zwischen der Bundesregierung und der Wiener Gemeindeverwaltung, sowie den Vertretern der politischen Parteien aus Anlass der Abgabenteilung vom Jahre 1931 geschlossen worden ist, ist die Wiener Nahrungs-oder Genussmittelabgabe nicht nur vorgesehen, sondern auch in ihrem Höchstbetrag und in den Grundsätzen ihres Aufbaues genau festgelegt. Die Abgabe ist also ein wesentlicher Bestandteil dieses Vertrages, der unter anderem auch von einer Reihe von Mitgliedern der heutigen Bundesregierung unterfertigt worden ist, so vom damaligen Bundeskanzler Dr. Ender, von Vizekanzler Ingenieur Winkler und insbesondere auch vom jetzigen Finanzminister Dr. Buresch. Als Berichterstatter über die Abgabenteilung im Nationalrat fungierte damals ebenfalls ein Mitglied der heutigen Bundesregierung, Bundesminister Dr. Schuschnigg.

In der Vereinbarung über die Abgabenteilung war der Gemeinde Wien ein Ertrag von 10.6 Millionen Schilling jährlich aus der Nahrungs-oder Genussmittelabgabe zugesichert. Die Gemeindeverwaltung war ermächtigt, falls die Steuer im ersten Steuerjahr einen geringeren Ertrag abwerfen sollte, die Steuersätze entsprechend zu erhöhen, damit dieser garantierte Ertrag erreicht werde. Tatsächlich ist der Ertrag der Abgabe bereits im ersten Jahr weit unter der vorgesehenen Summe zurückgeblieben. Trotzdem hat die Gemeinde Wien nicht nur davon abgesehen, rückwirkend eine Erhöhung vorzunehmen, sondern hat überhaupt eine Erhöhung der Abgabensätze unterlassen.

Die Wiener Nahrungs-oder Genussmittelabgabe ist so aufgebaut, dass sie kleine Betriebe überhaupt nicht belastet, so dass derzeit von den Wiener Gasthäusern 40 Prozent und von den Wiener Kaffeehäusern 10 Prozent von der Steuer überhaupt befreit sind. Für eine weitere grosse Anzahl von Lokalen macht die Steuer nur ganz geringfügige Beträge aus. Für gewisse Luxuslokale, wie Nachtlokale, Bars, Kabarette, Varietés, Konzertlokale und andere, gilt allerdings ein 9 oder 10prozentiger fester Abgabensatz. Die Aufhebung der Abgabe würde auch solche Luxusgaststätten, die ohnedies durch die Umgestaltung des Gesetzes im Jahre 1931 bereits wesentlich entlastet worden waren, völlig von der Abgabe befreien. Ob das in einer Zeit wachsenden Elends, in der alles zur Bekämpfung der Not aufgeboten werden muss, gerechtfertigt wäre, mag jeder selbst beurteilen.

Die Wirtschaftskrise hat den Ertrag der Nahrungs-oder Genussmittelabgabe wesentlich herabgemindert. Er würde im heurigen Jahr

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

II. Blatt.

Wien, am 2. September 1933

nach den bisherigen Monatsergebnissen rund 6 Millionen Schilling ausmachen. Die Aufhebung der Abgabe würde also für Wien, auf das Jahr gerechnet, eine Einnahmenverminderung um etwa 6 Millionen Schilling, für das laufende Jahr allein 2 Millionen Schilling <sup>ergeben</sup>, ohne dass der Gemeinde durch die Bundesregierung für diesen Ausfall irgendeine andere Einnahmequelle erschlossen oder sie von einer Ausgabe entlastet würde. Dieser Entfall wäre also für die Gemeinde bei den heutigen misslichen finanziellen Verhältnissen ausserordentlich bedeutend.

Die beabsichtigte Abschaffung der Nahrungs- oder Genussmittelabgabe wäre aber nicht die einzige Massnahme des Bundes, die der Gemeinde Wien einen schweren finanziellen Verlust zufügt. Im heurigen Jahr sind vielmehr dem Gemeindehaushalt wiederholt durch Verfügungen des Bundes sehr grosse Beträge entzogen worden. Die Aufhebung der sogenannten Gewährleistungsklauseln vom 1. Jänner 1933 an bedeutet allein für das heurige Jahr, nach den bisherigen Eingängen an Ertragsanteilen beurteilt, einen Verlust von fast 38 Millionen Schilling. Dazu kommt die rückwirkende Aufhebung der Gewährleistung für das Jahr 1932, was einem Verlust von 19.6 Millionen Schilling für Wien gleichkommt. Durch die Entziehung der Einhebung der Bundessteuern, die bisher durch Organe des Wiener Magistrates erfolgte, entgeht der Gemeinde Wien, auf ein Jahr gerechnet, ein Betrag von etwa 4 Millionen Schilling, wozu noch kommt, dass 300 Beamte, die mit dieser Einhebung beschäftigt waren und nunmehr überzählig geworden sind, weiter den Personaletat der Gemeinde belasten. Die Abschaffung der Lustbarkeitsabgabe für die Bundestheater bewirkt einen Einnahmementgang von ungefähr 250.000 Schilling im Jahr. Ueberdies hat der Bund der Stadt Wien neue Lasten für die Fondskrankenanstalten auferlegt, die jährlich 6 Millionen Schilling betragen; hiezu kommen noch 3 Millionen Schilling als einmalige Zahlung für die Vergangenheit. Schliesslich hat die Bundesregierung mit Notverordnung Wien verpflichtet, für die Jahre 1933 und 1934 einen "Lastenbeitrag" von je 36 Millionen Schilling an den Bund zu entrichten. Alle diese Massnahmen der Bundesregierung bedeuten also für Wien einen Entfall von mehr als 90 Millionen Schilling im Jahr, wobei der Entgang durch die rückwirkende Aufhebung der Gewährleistungsklauseln für 1932 in der Höhe von 19.6 Millionen Schilling und die einmalige Zahlung von 3 Millionen Schilling für die Fondskrankenanstalten nicht berücksichtigt sind. Die Bedeutung dieser Beträge kann man ermessen, wenn man sich vor Augen hält, dass nach dem Voranschlag für das Jahr 1933 die Gesamteinnahmen Wiens mit etwa 380 Millionen Schilling veranschlagt sind. Fast ein Viertel dieser Einnahmen werden also der Gemeinde Wien jährlich durch die angeführten Massnahmen weggenommen. Dabei darf nicht übersehen werden, dass die Wirtschaftskrise die Einnahmen der Gemeinde Wien gegenüber dem Voranschlag wesentlich vermindert hat, so dass tatsächlich der der Gemeinde Wien entzogene Betrag einen weitaus höheren Prozentsatz ihrer Gesamteinnahmen ausmacht. Ueberdies sind alle diese Massnahmen der Bundesregierung, die schon im heurigen Jahr wirksam werden, mitten im Jahr getroffen worden, so dass die Ausgleichung des Gemeindebudgets doppelt schwer fällt.

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

III. Blatt

Wien, am 2. September 1933

Ueber die beabsichtigte Aufhebung der Nahrungs- oder Genussmittelabgabe sind mit der Wiener Gemeindeverwaltung keinerlei Verhandlungen geführt worden. Wenn es tatsächlich zu der Aufhebung der Abgabe kommen sollte, so würde dies jedenfalls eine neuerliche weitgehende Einschränkung des Budgets der Gemeinde Wien bedeuten. Man muss <sup>daher</sup> doch wohl Zweifel hegen, ob der Finanzminister bei genauer Prüfung der ganzen Sachlage von der ihm erteilten Ermächtigung Gebrauch machen wird. Selbstverständlich müsste auch eine verfassungsrechtliche Ueberprüfung der Sachlage erfolgen.

## Französische Kriegsinvalidenkinder im Wiener Rathaus.

Der Zentralverband der Landesorganisationen der Kriegsinvaliden und Kriegerhinterbliebenen Oesterreichs und der Verband der Kriegsbeschädigten Frankreichs haben im heurigen Jahre eine Ferienaktion durchgeführt, die fünfundzwanzig Kindern österreichischer Kriegsbeschädigter einen mehrwöchigen Aufenthalt in den französischen Alpen ermöglichte, während zwanzig französische Kriegsinvalidenkinder im Ferienheim "Erlanghof" des Zentralverbandes der Landesorganisationen der Kriegsinvaliden und Kriegerhinterbliebenen Oesterreichs Aufnahme fanden. Nach Beendigung ihres Aufenthaltes im Heim "Erlanghof" besichtigten die französischen Kinder in den letzten Tagen Wien. Heute mittags wurden die Kinder im Wiener Rathaus in Vertretung des Bürgermeisters von amtsführendem Stadtrat Speiser empfangen. Der Präsident der österreichischen Invalidenorganisation, Bundesrat Brandeis, stellte die jungen Gäste dem amtsführenden Stadtrat Speiser vor und betonte, dass die Invalidenorganisationen aller Länder nicht nur für die Invaliden und deren Angehörige sorgen wollen, sondern es auch als ihre Aufgabe betrachten, künftige Kriege zu verhüten. Diesem Zwecke diene auch die Kinderaustauschaktion, die es den jungen Menschen ermöglichen solle, fremde Völker und fremde Sitten kennen und verstehen zu lernen und so dem Gedanken der Völkerversöhnung zu dienen. Stadtrat Speiser überbrachte die Grüsse des Bürgermeisters und hiess die jungen Freunde aus Frankreich im Namen der Wiener Stadtverwaltung willkommen. Oesterreich und Wien freuen sich, dass die Jugend aller Länder der Sache des Friedens diene und dadurch <sup>dadurch</sup> beitrage, dass das schrecklichste aller Uebel, der Krieg, vermieden werde. Er hoffe, dass die heurige Ferienaustauschaktion nur ein Beginn sei und dass in kommenden Jahren die Zahl österreichischer Kinder, die nach Frankreich kommen, und französischer Kinder, die in Oesterreich ihre Ferien verbringen, immer grösser werde. Er bitte die jungen Gäste, in ihrem Heimatlande für die Sache des Friedens zu wirken und dort von Wien und Oesterreich zu erzählen. Für die Gäste dankte René Fortépaule für den Empfang und versprach die schönen Wochen in Oesterreich und in Wien nicht zu vergessen. Nach dem Empfang besichtigten die Gäste das Wiener Rathaus.

## Schülereinschreibungen und Schulbeginn.

Der Stadtschulrat für Wien ersucht um folgende amtliche Verlautbarung:

Die Einschreibung der Kinder, die vom nächsten Schuljahre  
530 an schulpflichtig werden, das ist aller Kinder, die bis zum 15. Sep-

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

IV. Blatt.

Wien, am .....

tember das 6. Lebensjahr vollenden, hat bereits stattgefunden. Wenn die Einschreibung eines solchen Kindes aus irgend einem Grund zum ordnungsmässigen Termin versäumt wurde, kann sie beim Ortsschulrat des Wohnbezirkes nachgetragen werden. Die Unterlassung der Einschreibung ist strafbar. Je später die Anmeldung erfolgt, desto geringer ist die Aussicht, dass bei der Zuweisung der Schule auf den Wohnort des Kindes noch Rücksicht genommen werden kann. Es liegt mithin im Interesse der Eltern und Kinder, die Anmeldung sogleich zu vollziehen. Näheres ist aus den an den städtischen Schulgebäuden und Amtshäusern angeschlagenen Kundmachungen der Ortsschulräte zu entnehmen.

Das neue Schuljahr beginnt am 14. September; an diesem Tag haben sich die Schüler der Volksschulen und der Hauptschulen um 9 Uhr in ihren Schulen einzufinden.

---

## Direktionsrat Karl A. Hirt gestorben.

Am Donnerstag ist der langjährige Vorstand des Stenographenbüros des Wiener Gemeinderates, Direktionsrat Karl Anton Hirt, nach langer schwerer Krankheit verstorben. Direktionsrat Hirt, der mehr als 30 Jahre hindurch im Stenographenbüro des Wiener Gemeinderates tätig war, war auch Obmann des Oesterreichischen Berufsstenographen-Verbandes, Vize-Präsident des Welt-Stenographenvereines und Vorsitzender der österreichischen Delegation des Welt-Stenographenvereines. Er war als einer der hervorragendsten Kammerstenographen Oesterreichs weit über die Grenzen des Landes hinaus geachtet.

Das Leichenbegängnis findet am Montag, den 4. September, um 16 Uhr 30 von der Aufbahrungshalle des Zentralfriedhofes, II. Tor, I. Halle, aus statt.

---

## Verbesserungen im Autobusbetrieb.

Von übermorgen, Montag, ( den 4. September ) an wird der städtische Autobusbetrieb im Tagverkehr um eine halbe Stunde verlängert. Die Autobuslinie 4 wird von übermorgen, Montag, an vom Westbahnhof über die Mariahilferstrasse-Burg-Kohlmarkt-Graben-Stefansplatz-Tuchlauben ( in der Gegenrichtung über Hoher Markt-Rotenturmstrasse )- Marc Aurelstrasse-Hollandstrasse und Leopoldgasse bis zur Malzgasse geführt. Ebenfalls übermorgen, Montag, werden im Nachtverkehr des städtischen Autobusbetriebes zwei neue Nachtlinien eröffnet, und zwar die Autobuslinie E, die vom Johann Nepomuk Bergerplatz über Neulerchenfelderstrasse-Josefstädterstrasse-Burgtheater-Michaelerplatz-Graben-Stefansplatz-Wollzeile-Landstrasse Hauptstrasse bis St. Marx führen wird, und die Autobuslinie F, die vom Stefansplatz über Rotenturmstrasse-Schwedenplatz-Taborstrasse-Obere Augartenstrasse-Jägerstrasse-Stromstrasse-Marchfeldstrasse-Floridsdorfer Hauptstrasse bis Floridsdorf Am Spitz führen wird.

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

V. Blatt.

Wien, am.....

---

## Freigabe des Autoverkehrs in der Hauptallee am Sonntag, den 3. September.

Der Wiener Magistrat hat auf Ansuchen der Wiener Stadion Betriebs-Gesellschaft m.b.H. das Befahren der Prater Hauptallee mit Benzinkraftfahrzeugen am Sonntag, den 3. September, in der Zeit von 12 bis 20 Uhr gestattet. Die Erlaubnis gilt für die Strecke vom Praterstern bis zur Einmündung der Meiereistrasse; das Befahren der Hauptallee mit Krafträdern, Last- und Gesellschaftswagen bleibt auch am Sonntag, den 3. September, verboten.

---

## Wiedereröffnung des Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseums in Wien.

Von morgen, Sonntag, den 3. September, an sind die Ausstellungen des Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseums wieder geöffnet und allgemein frei zugänglich. Besuchstunden sind in der Ausstellung in der Volkshalle des Rathauses an Sonntagen von 9 bis 13 Uhr und an Dienstagen und Freitagen von 17 bis 19 Uhr, in der Ausstellung " Sozialversicherung und Sozialhygiene", die sich in Meidling, Am Fuchsenfeld, Ecke Längenfeldgasse und Murlingengasse, befindet, an Sonntagen von 9 bis 13 Uhr und an Mittwochen und Samstagen von 17 bis 19 Uhr.

---

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

251

Wien, am 4. September 1933.

## Ein Franz Mair-Hof in der Leopoldstadt.

Der Gemeinderatsausschuss für Wohnungswesen hat in seiner letzten Sitzung auf Antrag des Gemeinderates Reismann beschlossen, die städtische Wohnhausanlage an der Schüttelstrasse in der Leopoldstadt zur bleibenden Erinnerung an den verstorbenen Schulmann und Chormeister Franz Mair "Franz Mair-Hof" zu benennen.

Im Inneren der Wohnhausanlage wird eine Erläuterungstafel mit folgendem Text angebracht werden: "Franz Mair ( 1821 - 1893 ), Schulmann, verdient um den österreichischen Männergesang". Ausserdem wird an den äusseren Schauseiten des Baues die Aufschrift " Franz Mair-Hof" angebracht werden.

## Leihgaben der städtischen Sammlungen für Wiener Ausstellungen.

Die Genossenschaft der bildenden Künstler Wiens veranstaltet anlässlich des Allgemeinen Deutschen Katholikentages in der Zeit vom 26. August bis anfangs Oktober im Künstlerhaus eine Ausstellung " Malerei, Plastik und Kunstgewerbe 1680 ~ 1880", die religiöse Werke aus den genannten drei Kunstzweigen umfasst. Auf Ansuchen der Ausstellungsleitung hat der Gemeinderatsausschuss für allgemeine Verwaltungsangelegenheiten am vorigen Montag beschlossen, dieser Ausstellung aus den Beständen der städtischen Sammlungen eine Reihe eigenhändiger Entwürfe für Kirchenbauten, die von Friedrich von Schmidt und Otto Wagner stammen, als Leihgabe zur Verfügung zu stellen.

Anlässlich der Wiener Jubiläumsmesse wird vom Gewerbeförderungsinstitut der Kammer für Handel, Gewerbe und Industrie gemeinsam mit der Wiener Messe-Aktiengesellschaft in den Messerräumen der Burg in der Zeit vom 3. bis 10. September eine Ausstellung "Volkstümliches Handwerk" veranstaltet. Diese Ausstellung bietet neben modernen Spitzenleistungen der verschiedenen Gewerbe auch eine Rückschau über deren Entwicklung. Der Gemeinderatsausschuss für allgemeine Verwaltungsangelegenheiten hat den Beschluss gefasst, auch für diese Ausstellung eine Reihe von Leihgaben aus den Beständen der städtischen Sammlungen zur Verfügung zu stellen.

## Einschreibungen in die städtischen Kindergärten und Horte.

Die Einschreibungen in die städtischen Kindergärten und Horte finden heuer am 11. und 13. September von 8 bis 12 Uhr vormittags statt.

## Freigabe des Autoverkehrs in der Hauptallee am Freitag, den 8. September.

Der Wiener Magistrat hat auf Ansuchen der Wiener Stadion Betriebs-Gesellschaft m. b. H. das Befahren der Prater Hauptallee mit Benzinkraftfahrzeugen am Freitag, den 8. September, in der Zeit von 12 bis 20 Uhr gestattet. Die Erlaubnis gilt für die Strecke vom Praterstern bis zur Einmündung der Meiereistrasse; das Befahren der Hauptallee mit Krafträdern, Last- und Gesellschaftswagen bleibt auch am Freitag, den 8. September, verboten.

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur: 252  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am 5. September 1933

## Ein "Eldersch-Hof" in Wien.

In seiner letzten Sitzung hat der Gemeinderatsausschuss für Wohnungswesen auf Antrag des Gemeinderates Reismann beschlossen, dem städtischen Wohnhausbau am Santa Luciaplatz in der Leopoldstadt zur bleibenden Erinnerung an den verstorbenen Präsidenten des Nationalrates und Organisator der österreichischen Sozialversicherung Matthias Eldersch den Namen "Elderschhof" zu geben.

An einer ausseren Schauseite der Wohnhausanlage wird die Aufschrift "Elderschhof" angebracht werden. Die Erläuterungstafel im Inneren des Hauses wird folgenden Wortlaut tragen: "Matthias Eldersch (1869 - 1931), führender österreichischer Politiker, Präsident des Nationalrates, Organisator der Sozialversicherung".

.....

## Jubilare der Ehe.

### Acht goldene Hochzeiten.

Die Wiener Ehepaare Josef und Therese Fachini, Josef und Emilie Fisecker, Franz und Franziska Marek, Georg und Juliana Nowak, Alexander und Maria Rippel, August und Johanna Stanzig, Robert und Ludmilla Vogt und Maximilian und Ida Wellisch feierten in der vorigen Woche die 50. Wiederkehr ihres Hochzeitstages. In Vertretung des Bürgermeisters nahm antsführender Stadtrat Honay an den aus diesem Anlass veranstalteten Familienfeiern teil, beglückwünschte die Jubelpaare und überreichte ihnen die Ehrengaben der Stadt Wien. Die "goldenen Hochzeiter" hatten insgesamt 43 Kinder, von denen noch 27 am Leben sind. Ausserdem haben die acht Jubelpaare 31 Enkel und 6 Urenkel.

.....

## Ueberlassung zweier alter Reliefs an das Heimatmuseum der Gemeinde Spitz.

Das Heimatmuseum der Gemeinde Spitz hat an die Verwaltung des im Eigentum der Gemeinde Wien stehenden Schlosses das Ansuchen gerichtet, ihm zwei Reliefs zu überlassen, die im Spitzer Schloss eingemauert sind. Das eine der beiden Reliefs stellt einen Engelskopf dar, das zweite einen Teil eines alten Wappens, und zwar einen Ritter. Die beiden Reliefs dürften aus dem Anfang des 17. Jahrhunderts stammen. Der Gemeinderatsausschuss für Wohnungswesen hat nun in seiner letzten Sitzung beschlossen, die beiden Reliefs dem Heimatmuseum der Gemeinde Spitz zu überlassen.

.....

## Freigabe des Autoverkehrs in der Hauptallee

### am Sonntag, den 24. September.

Der Wiener Magistrat hat auf Ansuchen der Wiener Stadion Betriebs-Gesellschaft m. b. H. das Befahren der Prater Hauptallee mit Benzinkraftfahrzeugen am Sonntag, den 24. September, in der Zeit von 12 bis 20 Uhr gestattet. Die Erlaubnis gilt für die Strecke vom Praterstern bis zur Einmündung der Meiereistrasse; das Befahren der Hauptallee mit Kraft-rädern, Last- und Gesellschaftswagen bleibt auch am Sonntag, den 24. September, verboten.

.....

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur: 253  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am 6. September 1933.

## Benennung einer Wohnhausanlage nach dem verstorbenen Bezirksvorsteher Grassinger.

In seiner letzten Sitzung hat der Gemeinderatsausschuss für Wohnungswesen auf Antrag des Gemeinderates Reismann den Beschluss gefasst, die städtische Wohnhausanlage an der Stutterheimstrasse in Fünfhaus zur bleibenden Erinnerung an den verstorbenen Alt-Bezirksvorsteher von Fünfhaus Johann Grassinger "Grassinger-Hof" zu benennen.

An der äusseren Schauseite der Wohnhausanlage wird die Aufschrift "Grassinger-Hof" angebracht werden. Die Erläuterungstafel im Inneren des Hauses wird folgenden Text tragen: "Johann Grassinger (1869 - 1932), Bezirksvorsteher von Fünfhaus".

.....

## Koch- und Haushaltungsschule der Stadt Wien.

An der Koch- und Haushaltungsschule der Stadt Wien beginnen in den nächsten Wochen mehrmonatige und kurzfristige Lehrgänge und Kurse, und zwar an den Schulen in Mariahilf, Brückengasse 3, und auf der Landstrasse, Petrusgasse 10. Von den Kursen wird eine zehnmonatige Haushaltungsschule mit Öffentlichkeitsrecht, die Ausbildung in allen Zweigen der Hauswirtschaft vermittelt, hervorgehoben; das Aufnahmealter ist vierzehn Jahre. Ausserdem wird eine zwölfmonatige Fachschule für Grossküchenbetrieb geführt; das Aufnahmealter ist sechzehn Jahre. In den nächsten Wochen beginnen auch dreimonatige Vormittags- und Abendkurse für Kochen, einfache und feine Küche, und dreimonatige Kurse für Weissnähen und Flicker und für Kleidermachen. Ausserdem beginnen Mitte September kurzfristige Nachmittags- und Abendkurse für Servieren, Bäckerei und Vorspeisen und Einsieden. Für Hausgehilfinnen werden Koch- und Nähkurse geführt.

Die Einschreibungen für alle diese Kurse und Lehrgänge finden vom 11. September an in der Schulleitung statt. Prospekte werden auf Wunsch von der Schulleitung übermittelt; Fernsprecher B 25-4-19.

.....

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

254

Wien, am 7. September 1933.

## Zeitschau am Tuchlaubenplatz.

### Eine neue Volksbildungseinrichtung.

Die Museumstradition hat Ausstellungen stets dem Blick der Strassenpassanten entzogen und sie hinter meist prunkvollen Palastfassaden etwas betont feierlich aufgebaut. Demgegenüber vertritt das Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum in Wien seit langem den Standpunkt, man solle Ausstellungen als Volksbildungsmittel von der Strasse aus dem Publikum zugänglich machen.

Die Städtische Versicherung hat nun beschlossen, ihr zur Verfügung stehende Räume Volksbildungszwecken dienstbar zu machen. Das Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum in Wien ist von der Städtischen Versicherung eingeladen worden, ständig Ausstellungen einzurichten, die von der Strasse aus zugänglich sind und deren Inhalt durch Führungen und Vorträge näher erläutert werden soll.

Nun ist am Tuchlaubenplatz im Gebäude der Städtischen Versicherung dieser neue Ausstellungstypus zu sehen. Ein heller freundlicher Raum bringt bunte Bilder und bewegliche Apparate. Die Aufschrift "Zeitschau am Tuchlaubenplatz, zur freien Besichtigung" ladet jeden ein, ein paar Minuten der Bildung und Ablenkung zu widmen.

Ueber die wirtschaftliche Lage und über die handelspolitische Stellung Oesterreichs unterrichten mehrere Bildertafeln nach der heute in der ganzen Welt anerkannten Wiener Methode. Der Vorschlag Macdonald's für die Abrüstungskonferenz führt in die Tagesdiskussion, während die Statistik der Weltkriegsverluste einen dazu passenden Rückblick liefert. Weltwirtschaftstafeln zeigen die Schwere der gegenwärtigen Krise, die zum Beispiel an der gewaltigen Verringerung der Baumwollproduktion sichtbar wird.

Eine neuartige Gruppe von Apparaten des Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseums orientiert über gewisse Methoden moderner Berufseignungsprüfungen. Die Apparate sind so abgeändert, dass der Besucher selbst feststellen kann, in welchem Masse er die gestellten Aufgaben erfüllt hat. So kann jeder sehen, was man unter Geschicklichkeits- oder Intelligenztests versteht.

Die Ausstellung wird ständig neue Bildtafeln und Modelle vorführen. Sie wird um so lieber aufgesucht werden, als jeder Besucher ein kleines gedrucktes Bild mitnehmen darf, sodass die wechselnde Schau mit dauernder Belehrung endet.

## Fünfzehn Jahre Lehrlingsfürsorgeaktion.

Anlässlich des fünfzehnjährigen Bestandes veranstaltet die Lehrlingsfürsorgeaktion eine Wiedersehensfeier aller ehemaligen Pfleglinge. Die Feier findet am Sonntag, den 24. September, 8 Uhr 30 vormittags in der Sommerarena (bei schlechtem Wetter in sämtlichen Sälen) von Weigl's Dreherpark, Schönbrunnerstrasse 307 statt. Karten sind in der Geschäftsstelle der Lehrlingsfürsorgeaktion, Hanuschgasse 3, zu haben.

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:

FRANZ XAVER FRIEDRICH 255

II. Ausgabe.

Wien, am.....7. September 1933

---

## Eine Gedenkausstellung im Historischen Museum der Stadt Wien.

Aus Anlass der 250jährigen Gedenkfeier der Befreiung Wiens von den Türken veranstaltet die Direktion der Städtischen Sammlungen im Historischen Museum der Stadt Wien im Rathaus eine historische Ausstellung, die morgen, Freitag, für den allgemeinen Besuch eröffnet wird. Die Ausstellung wird täglich von 9 bis 13 Uhr frei zugänglich sein. Der Zugang zur Ausstellung führt über die Feststiege II im Rathaus.

\*

Geehrte Redaktion!

Die Direktion der Städtischen Sammlungen beehrt sich, die Herren Vertreter der Presse für morgen, Freitag, 12 Uhr mittags zu einer Besichtigung der Ausstellung einzuladen.

.....

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

256

Wien, am 8. September 1933.

## Strassenbahnverkehr nach Schönbrunn und Mauer am kommenden Sonntag.

Die Strassenbahn-Direktion teilt mit: Anlässlich der Festlichkeiten in Schönbrunn wird übermorgen, Sonntag, ein entsprechend verstärkter Strassenbahnverkehr nach Schönbrunn und Hietzing eingerichtet. Ausser den Linien "58" ab Neuer Markt und "59" ab Opernring wird nach Massgabe der Notwendigkeit auch eine Linie mit dem Signal "59" ab Ring-Babenbergerstrasse nach Hietzing geführt. Weiters werden je nach Bedarf eine Linie mit dem Signal "8" von Hernals ab Wattgasse über Hernalser Hauptstrasse-Jörgerstrasse-Gürtel-Sechshauserstrasse-Hadikgasse bis Hietzing und eine Linie "7" von Favoriten ab Gellertplatz über Gudrunstrasse-Reinprechtsdorferstrasse-Gumpendorferstrasse-Sechshauserstrasse-Hadikgasse bis Hietzing in Betrieb gesetzt.

Wegen der starken Belastung der Strassenbahnstrecke nach Hietzing wird die Linie "60" von Betriebsbeginn bis etwa 13 Uhr nur zwischen Speising, Feldkellergasse und Mauer betrieben; die Linie "59" ab Opernring wird ebenfalls von Betriebsbeginn bis etwa 13 Uhr bis zur Gallgasse-Hermesgasse verlängert.

Die Linie "M" wird zwischen Johnstrasse und Neubaugürtel durch eine Pendellinie mit dem Signal "51" auf der weiteren Strecke bis Hauptallee durch die Linie "L" ersetzt.

.....

## Siebziger Geburtstag.

Morgen, Samstag, begeht der letzte Direktor des Konskriptionsamtes der Stadt Wien, Regierungsrat Franz Mayer, den siebzigsten Geburtstag. Regierungsrat Mayer stand von 1888 bis 1922 im Dienste der Gemeinde Wien, wurde 1917 Vizedirektor und 1919 Direktor des genannten, später mit der Magistrats-Abteilung 50 vereinigten Amtes. Der Jubilar, der ein anerkannter Fachmann auf dem Gebiete des Rekrutierungswesens war, wurde im Jahre 1924 vom Bundespräsidenten mit dem Titel Regierungsrat ausgezeichnet.

.....

## Eine Gedenkausstellung im Historischen Museum der Stadt

### Wien.

Aus Anlass der 250jährigen Gedenkfeier der Befreiung Wiens von den Türken veranstaltet die Direktion der Städtischen Sammlungen im Historischen Museum der Stadt Wien im Rathaus eine historische Ausstellung, die heute für den allgemeinen Besuch eröffnet worden ist. Die Ausstellung ist täglich von 9 Uhr bis 13 Uhr frei zugänglich. Der Zugang zur Ausstellung führt über die Feststiege II im Rathaus. (Waschzettel liegt bei).

.....

Am 12. September feiert Wien seinen Ehrentag, das Fest der Erinnerung an die nunmehr vor 250 Jahren erfolgte Befreiung der Stadt aus der Türkengefahr. Mit eherner Kraft und Ausdauer hielt Wien, damals der Schlüssel zur Weltherrschaft dem türkischen Ansturm stand, an seinen Mauern und allen zerschellte die Gefahr, die dem gesamten Westen Europas drohte, dessen Kultur die Wiener Bevölkerung zugleich mit ihrer eigenen Stadt mit heroischer Kraft und dem Mute des Kampfes und der Entsagung schützte. Von einem kampfgerigen Feinde, der in ungeheurer Zahl erschienen war, eingeschlossen, hat sich die Stadt wacker gehalten, trotzdem sie sich auch innerhalb der Mauern gegen Feinde zu wehren hatte, die nicht grimmiger wütheten, als die Türken; Hunger und Seuchen. Wacker und todesmutig haben die Wiener gemeinsam mit der Besatzung gekämpft bis zur letzten Erschöpfung und höchsten Not, bis endlich die Hilfe da war. Damit gereicht die Geschichte eines Kampfes zugleich der Wiener Bürgerschaft zu besonderem Ruhme, die in so bewunderungswürdiger Mannhaftigkeit in der Zeit äußerster Bedrängnis sich bewährte. Um nun die Erinnerung an diese Ruhmesleistung der Stadt aufrecht zu erhalten, hat die Direktion der Städtischen Sammlungen eine Ausstellung veranstaltet, die in den Räumen des Waffensmuseums und zwar im sogenannten "Türkensaale" untergebracht ist. Porträts der Heeresführer und der für die Geschichte Wiens damals bedeutungsvollen Persönlichkeiten, Pläne, Episoden der Belagerung und der Entsatzschlacht in bildlichen zumeist zeitgenössischen Darstellungen, illustrieren dieses wichtige Ereignisjahr 1683, dessen weittragende Bedeutung auch in einer überaus reichen Literatur in verschiedensten Sprachen (Relationen, Zeitungen) Anerkennung findet. Verschiedene handschriftliche Belege aus dem Besitze des Archives der Stadt Wien, Münzen und Medaillen, sowie eine stattliche Anzahl von Waffen und Ausrüstungsgegenständen sowohl den Verteidigern und Soldaten des Entsatzheeres als auch den Gegnern angehörig, sowie schließlich viele Trophäen und Beutestücke aus den zahlreichen Kämpfen gegen die Türken vervollständigen die Darstellung.

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

257

Wien, am 9. September 1933

## Ladenschluss im Kleinhandel am 11. und 13. September.

Auf Grund einer Kundmachung des Amtes der Wiener Landesregierung ist der Kleinhandel mit anderen Waren als mit Lebensmitteln am Montag, den 11. September, und am Mittwoch, den 13. September 1933, bis 19 Uhr, der Lebensmittelhandel im Kleinen und der Kleinverschleiss der Lebensmittelherzeugungsgewerbe bis 19 Uhr 30 gestattet. Durch diese Geschäftszeitverlängerung werden die Bestimmungen des Achtstundentages nicht berührt und sind strengstens einzuhalten.

.....

## Schulbeginn an den Wiener gewerblichen Fortbildungsschulen.

Der Fortbildungsschulrat für Wien teilt mit: Der Unterricht an den allgemein-gewerblichen und fachlichen Fortbildungsschulen in Wien beginnt am Donnerstag, den 14. September. Die Schulpflicht beginnt mit dem Tage des Eintrittes in die Lehre, nicht mit dem Tage der Aufdingung. Die Einschreibungen finden am 11. und 13. September zwischen 17 Uhr und 19 Uhr in den zuständigen Fortbildungsschulen statt. Der Standort dieser Schulen ist aus den in den öffentlichen Schulgebäuden und in den magistratischen Bezirksämtern affichierten Kundmachungen ersichtlich.

.....

## Strassenbahnfahrpreis am 12. September.

Am Dienstag, den 12. September, wird auf der Strassenbahn und Stadtbahn der Werktagsfahrpreis eingehoben. Es gelten also die Frühfahr-scheine, Hin- und Rückfahr-scheine, Wochenkarten, Arbeitslosen- und Fürsorgefahr-scheine. Die Hin- und Rückfahr-scheine und Wochenkarten können für die Rück-fahrt schon von 11 Uhr an benützt werden. Autobusverkehr normal.

.....

## Frauengewerbeschule der Stadt Wien.

An der Frauengewerbeschule der Stadt Wien beginnen folgende neue Kurse: Weissnähen, Kleidermachen, Schnittzeichnen und moderne Werk-techniken. Ausserdem werden noch einige Schülerinnen in den ersten Jahr-gang der dreijährigen Frauengewerbeschule für Damenkleidermachen aufge-nommen. Einschreibungen und Auskünfte täglich von 8 Uhr bis 14 Uhr in der Schulkanzlei, Sperrgasse 8-10; Fernsprecher R 38-4-57.

.....



# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur: 259  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am 11. September 1933

## Fünfzig Jahre Wiener Rathaus.

Am 12. September jährt sich zum fünfzigsten Male der Tag der Schlusssteinlegung und Eröffnung des neuen Wiener Rathauses, die im Jahre 1883 im Rahmen der Zweihundertjahrfeier der Türkenbelagerung stattfanden.

Schon im Jahre 1857 war in dem kaiserlichen Handschreiben betreffend die Stadterweiterung auf den Bau eines neuen Stadthauses hingewiesen worden. Konnte doch das historische Gebäude in der Wipplingerstrasse, das bisher der Verwaltung der Stadt als Sitz gedient hatte, weder räumlich noch repräsentativ den Erfordernissen der modernen Grosstadt mehr genügen. Im Jahre 1867 erwarb die Gemeinde vom Stadterweiterungsfond die heute zwischen Johannesgasse, Ringstrasse und Weihburggasse gelegenen Gründe. Aus dem Wettbewerbsverfahren zur Erlangung entsprechender architektonischer Entwürfe für das neue Rathaus veranstaltet wurde, ging im Jahre 1869 der Dombaumeister Friedrich Schmidt als Sieger hervor. Im weiteren Verlaufe erwies sich der zuerst ins Auge gefasste Platz für die Erbauung des neuen Repräsentationspalastes der Stadt als nicht geeignet; im Jahre 1870 gelang es, bei der Parzellierung des Paradeplatzes im Tauschweg gegen den bisherigen Bauplatz die Gründe zu erwerben, auf denen sich heute das Rathaus erhebt.

Am 25. Mai 1872 wurde der erste Spatenstich zum Bau des Rathauses gemacht, zwei Monate später wurde der erste Stein in die Baugrube versenkt und am 14. Juni 1873 erfolgte nach Fertigstellung des Unterbaues die feierliche Grundsteinlegung. Ursprünglich war ein Kostenaufwand von 8½ Millionen Gulden vorgesehen; im Verlaufe der Bauarbeiten erhöhten sich aber die Erfordernisse auf 14 Millionen Gulden. Am 12. September 1883 erfolgten dann die feierliche Schlusssteinlegung und Uebernahme des Baues in praktische Benützung. Gleichzeitig mit dieser Feier wurde auch eine grosse historische Ausstellung im Rathaus eröffnet, die die Stadt Wien anlässlich der zweiten Säkularfeier der Befreiung Wiens von den Türken veranstaltet hatte.

.....

## Die städtischen Bäder am 12. September.

Die städtische Bäderverwaltung teilt mit: Morgen, Dienstag, sind die städtischen Dampf- und Warmenbäder (Amalienbad, Jörgorbad, Theresienbad, Thaliabad und Floridsdorferbad) normal von 13 Uhr bis 19 Uhr, die Schwimmhallen im Amalienbad und Jörgorbad, die Kuranstalt im Amalienbad und alle Sommerbäder den ganzen Tag offen. Die städtischen Volksbäder (Brausebäder) sind morgen, Dienstag, geschlossen.

.....

## Neun goldene Hochzeiten.

In Vertretung des Bürgermeisters überreichte am Samstag amtsführender Stadtrat Honay neun Wiener Ehepaaren in deren Wohnungen anlässlich der fünfzigsten Wiederkehr des Tages der Eheschliessung die Ehrengaben der Stadt Wien. Gehrt wurden die Ehepaare Josef und Barbara Filip, Franz und Franziska Hroch, Josef und Franziska Jellinek, Hans und Alosia Krenn, Ludwig und Katharina Reindl, Anton und Alosia Schatzl, Heinrich und Sofie Springer, Franz und Clotilde Vetter und Franz und Pauline Zaribnicky.

.....

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur: 260  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am 13. September 1933.

## Ueberreichung des Ehrengeschenkes des Warschauer Sobieski-Komitees an die Stadt Wien.

Heute mittags überreichte eine polnische Delegation in den Räumen der Städtischen Sammlungen das Ehrengeschenk des Warschauer Sobieski-Komitees, ein Gemälde des Malers Michal Borncinski, das König Johann Sobieski vor Wien ~~darstellt~~ darstellt, der Stadt Wien. Die polnische Delegation bestand aus Minister a. D. Twardowski, Delegierten der polnischen Regierung, Minister a. D. Graf Romer, Vertreter des polnischen Aussenministeriums, General Wieniawa-Dlugoczowski, Vertreter des polnischen Heeresministeriums, mit Major Stempkowski und Rittmeister Starnawski, Geschäftsträger Baron Korsak, Generalkonsul Dunajewski, Vizekonsul Kisielnicki, Legationssekretär Berger und Pressechef Dr. Goldscheider, ferner aus Minister a. D. Stamirowski, Vizepräsidenten des Warschauer Sobieski-Komitees, mit Abgeordneten Fruczynski und Professor Moczizki. Für die Stadt Wien war Bürgermeister Seitz mit den amtsführenden Stadträten Linder, Richter, Speiser und Weber und Landtagspräsidenten Dr. Neubauer erschienen.

Im Namen des Sobieski-Komitees richtete Minister Stamirowski an den Bürgermeister folgende Ansprache:

Im Namen des zur 250. Jahrfeier der Befreiung Wiens gebildeten polnischen Komitees beehre ich mich, der Stadt Wien ein Bildnis des Königs Johann Sobieski als Ehrengeschenk zu überreichen. Die grosse Tat unseres Königs, die vor allem seinem ritterlichen Geist und seinem Pflichtbewusstsein für die Erfüllung abgeschlossener Verträge entsprang - einem Pflichtbewusstsein, dem Sobieski weder seine eigene Person noch die militärische Kraft der polnischen Ritterschaft zu opfern zögerte - hat vor der ganzen Welt die Rolle bekräftigt, die unser Staat seit jeher an den Grenzen zwischen dem Westen und dem Osten spielte und bis auf den heutigen Tag spielt. Dem Ruf Sobieskis folgend, zogen unsere Ritterscharen von Lwow und Warszawa, von Wilno und Kowno und von den entferntesten Grenzmarken Pommerellens, Litauens und Rutheniens durch Berg und Tal, in einem imposanten historischen Marsch vor die Mauern Wiens. Sie zogen unter dem stolzen Banner grosser Ideen.

Im Verein mit der heldenhaften Armee der Verbündeten und angesichts der gewaltigen Kraftanstrengungen der belagerten Stadt hat Sobieski durch sein siegreiches Schwert die Grösse seines Verdienstes und des Blutopfers unseres Rittertums dem Gedächtnis der Nachkommenschaft eingepägt.

In der Ueberzeugung, dass die Gemeinde der Stadt Wien ihrem einstigen Befreier einen entsprechenden Platz zuweisen wird, überreichen wir dieses Bildnis, das für ewige Zeiten die historische Bedeutung Sobieskis für Oesterreich und für ganz Europa bezeugen möge. Wir bitten Sie, Herr Bürgermeister, unser Ehrengeschenk in Besitz zu nehmen und ihm Ihre Obhut angedeihen zu lassen.

Die Ansprache wurde von Legationssekretär Berger in die deutsche Sprache übertragen.

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

II. Blatt

Wien, am .....

Sodann ergriff Bürgermeister Seitz das Wort. Er dankte zunächst für das wertvolle Geschenk. "Dieses Gemälde eines grossen Staatsmannes und Soldaten zugleich", sagte Bürgermeister Seitz, "soll ein Symbol der grossen Ideen Europas sein, deren Diener in jenem grossen historischen Moment auch das polnische Volk war. Und wenn Sie daran erinnern, dass Sobieski vor allem bestimmt war von dem hohen Grundsatz des Rechtes und der Einhaltung von Verträgen auch unter den schwierigsten Verhältnissen, ja auch mit dem Einsatz des Lebens, so können wir gerade heute nicht oft genug an diesen Grundsatz erinnern, denn nur Recht und nicht Gewalt soll bestimmen.

Wir schauen an diesem 250. Gedenktag in die Vergangenheit. Aber wir wären schlechte Zeitgenossen, wenn wir nicht auch in die Zukunft schauten. Höchst verlockend wäre es, sich in geschichtsphilosophische Betrachtungen zu ergehen über das grosse Ringen zwischen Orient und Abendland, das sich vor zweihundertfünfzig Jahren abspielte und das sich auch heute noch abspielt. Gerade in einer Zeit banaler Gedenkreden, in denen je eine Gruppe oder Partei die andere als "Janitscharen" denunziert und ihr damit Rohheit und Unkultur vorwerfen will, wäre es höchst verlockend, näher darzustellen, wie jede Nation in ihrem geschichtlichen Handeln vernünftig im Sinne Hegels handelt, wie falsch es also ist, von Rohheit und Unkultur eines Volkes zu sprechen, weil jedes Volk zu jeder Zeit seine Kultur und leider auch sein gerüttelt Mass Unkultur hat.

Es war mir eine grosse Freude, zu hören, dass die türkische Gesandtschaft sich an der Gedenkfeier beteiligte, dass man also das, was einmal geschah, der Geschichte überweist und nun den Blick nach vorwärts richtet. Ja, richten wir den Blick nach vorwärts! Lernen wir das Recht achten und die Verträge! Dann werden wir eine glücklichere Menschheit erziehen. Lernen wir einzustehen für das Recht als Männer, auch wenn es um das Leben geht, wie man es von dem Mann sagt, der hier abgebildet ist und der ein Vorbild für die polnische Nation geworden ist.

Auch heute noch geht ein Ringen zwischen Abendland und Morgenland. Die östlichen Vorposten abendländischer Kultur sind Vermittler und haben die grosse Aufgabe, die beiden Kulturen zu vermählen, auf dass ein einheitliches Europa beseelt von einem allgemeinen Menschheitsgeist erstehet, dem Geist des Rechtes und des Friedens. Auch der Soldat, der sein Leben einsetzt, kämpft nicht, um Menschen zu töten, nicht, um zu kämpfen; er kämpft in idealer Betrachtung dafür, dass einst eine Menschheit erstehet, die des Krieges, die seiner selbst nicht mehr bedarf.

Die Stadt Wien, die Metropole am Donaustrand, Mittelpunkt aller Bestrebungen zur Vermählung des Ostens mit dem Westen, ist sich ihrer historischen Aufgabe bewusst. Wir freuen uns der innigen Verbundenheit mit allen Nationen, die den Frieden wollen und die darum bereit sind, die Welt neu zu gestalten. Wir schauen voll Ehrfurcht in die Vergangenheit und hoffen auf eine bessere Zukunft. Die Stadt Wien übernimmt dieses schöne Geschenk als ein Symbol der Verbundenheit mit dem polnischen Volk, als ein Symbol der Verbundenheit der Völker überhaupt. Sie wird ihm einen Ehrenplatz einräumen, der würdig ist des Geschenkes, aber auch würdig der Idee, die es symbolisiert.

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

III. Blatt

Wien, am.....

---

Ich danke dem Künstler, der das Werk der polnischen Nation und durch sie der Stadt Wien geschenkt hat, ich danke dem polnischen Volk und seiner Vertretung für die wahrhaft schöne Geste, mit der es die innige Verbundenheit zw<sup>neuerlich</sup>ischen Völker/bekräftigt hat." (Grosser Beifall).

-----

## Kein Rücktritt Professor Noordens.

Ein Wiener Mittagsblatt brachte heute die Meldung, dass Geheimrat Professor Dr. Carl Noorden von der Leitung der Sonderabteilung für Stoffwechselkrankheiten, Ernährungsstörungen und diätetische Heilbehandlung im Krankenhaus der Stadt Wien in Lainz in nächster Zeit zurücktreten werde.

Wie die "Rathauskorrespondenz" hiezu erfährt, ist diese Meldung aus der Luft gegriffen. Von Rücktrittsabsichten des Geheimrates Professor Dr. Noorden, der gegenwärtig seinen Urlaub ausserhalb Wiens verbringt, ist nichts bekannt.

-----

## Ablenkung der Bahnhofrundlinie.

Die Strassenbahn-Direktion teilt mit: Wegen Gleisarbeiten auf dem Margareten Gürtel bei der Schönbrunnerstrasse wird die Bahnhofrundlinie in der Nacht von Donnerstag auf Freitag und in der Nacht von Freitag auf Samstag vom Neubaugürtel über inneren Mariahilfer Gürtel, Gumpendorferstrasse, Reinprechtsdorferstrasse zum Matzleinsdorferplatz geführt. Die Ablenkung gilt für beide Fahrtrichtungen.

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

261

Wien, am 11. September 1933

## 515.401 Gasbezieher in Wien.

Die Direktion der Wiener städtischen Gaswerke teilt mit, dass am 31. August des heurigen Jahres 515.401 Konsumenten Gas von den Wiener städtischen Gaswerken bezogen haben. Gegenüber dem Stand vom Jahre 1913 bedeutet die Zahl der Gasbezieher am 31. August des heurigen Jahres weit mehr als eine Verdoppelung, da am 31. Dezember 1913 die Wiener städtischen Gaswerke bloss 211.815 Konsumenten mit Gas versorgt hatten. Im vergangenen August haben die städtischen Gaswerke 945 Gasmesser neu aufgestellt, 409 Gasmesseranlagen vergrössert und 73 Neuanschlüsse durchgeführt. Der Verkauf an Gasgeräten war auch im Berichtsmonate ein sehr reger; insgesamt wurden 354 Gasgeräte, Kochplatten, Gasherde, Bratrohre, Gasbügleinrichtungen und Gasbadeöfen verkauft.

## Die Ferienaktion für die erwerbstätige Jugend.

Heuer jährt sich zum fünfzehntennal der Tag, an dem die Aktion "Lehrlinge aufs Land" gegründet worden ist. Aus bescheidenen Anfängen hat sich im Laufe der Jahre die für die erwerbstätige Jugend äusserst segensreiche "Lehrlingsfürsorgeaktion" entwickelt, die von der Gemeinde Wien und von den Sozialversicherungsinstituten finanziell getragen wird. In den einzelnen Erholungsheimen wurden nun aus Anlass des fünfzehnjährigen Bestandes der Aktion Jubiläumsfeiern abgehalten. An den am letzten Sonntag veranstalteten Feiern im Lehrlingererholungsheim Bad Fischau und im Lehrlingenerholungsheim Wieselburg an der Erlauf nahm auch amtsführender Stadtrat Honay teil, der in herzlichen Ansprachen an die Pfleglinge die Notwendigkeit solcher Erholungsheime betonte und in seiner Eigenschaft als Leiter des Wiener Wohlfahrtsreferates der Lehrlingsfürsorgeaktion die tatkräftigste Unterstützung zusicherte. Im Erholungsheim Bad Fischau verbringen gegenwärtig rund dreihundert Lehrlinge, im Erholungsheim Wieselburg hundertfünfzig Lehrlingmädchen einen vierwöchigen Erholungsurlaub.

## Ausgestaltung der elektrischen Strassenbeleuchtung.

In der nächsten Zeit werden auf der Landstrasse die Parkanlage Kardinal Naglplatz und in Favoriten der Fadingerplatz und die Raxstrasse mit elektrischer Beleuchtung eingerichtet. Der Magistrat hat die Aufträge zur Durchführung der notwendigen Installationsarbeiten bereits vergeben.

## Bezirksvertretung Margareten.

Die Bezirksvertretung Margareten tritt am kommenden Montag um 17 Uhr zu einer Plenarsitzung zusammen.

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

262

Wien, am 15. September 1933.

## Aenderung von Wiener Steuergesetzen.

In der heutigen Sitzung der Landesregierung wurden vier Steuergesetze eingebracht, die am nächsten Freitag vom Landtag verabschiedet werden sollen. Das erste Gesetz betrifft eine Aenderung der Bodenwertabgabe vom verbauten Grund. Der Inhalt des Entwurfes ist identisch mit den Bestimmungen, die in der Realsteuervorlage der Gemeinde enthalten waren, die vor einigen Monaten zur Beratung stand. Die Bodenwertabgabe, die gegenwärtig von den Häusern eingehoben wird, deren Grundwert mindestens 300 Kronen pro Quadratmeter beträgt, soll nunmehr erhöht und auf alle Häuser ausgedehnt werden, die einen Grundwert von mindestens 100 Kronen pro Quadratmeter haben. Ein zweiter Entwurf betrifft die Lustbarkeitsabgabe. Eine Steuernovelle vom Sommer hatte bereits eingeführt, dass die Abgabe dort, wo Eintrittspreise bestehen, von den Besuchern direkt eingehoben werden kann. Diese Bestimmung soll nunmehr auf Veranstaltungen ausgedehnt werden, die abgabepflichtig sind und bei denen keine Eintrittspreise eingehoben werden, sondern die Steuer bisher im Wege eines Pauschales gezahlt wurde. Ein drittes Gesetz betrifft die Nahrungs- oder Genussmittelabgabe. Bekanntlich ist kürzlich eine Verordnung der Bundesregierung erschienen, die das Ermächtigungsgesetz des Bundes aufgehoben hat, auf Grund dessen das Wiener Landesgesetz betreffend die Nahrungs- oder Genussmittelabgabe beschlossen worden ist. Die Frage, ob nach Aufhebung des Ermächtigungsgesetzes des Bundes die Einhebung der Wiener Steuer unzulässig geworden sei, könnte nur der Verfassungsgerichtshof entscheiden. Der Gesetzentwurf, den Stadtrat Dr. Danneberg heute eingebracht hat, bezweckt, bis zu einer solchen Entscheidung die weitere Einhebung der Nahrungs- oder Genussmittelabgabe für Luxusbetriebe (Bars, Nachtlokale etc.) und für lustbarkeitsabgabepflichtige Veranstaltungen sicherzustellen. Für diese ist nämlich auch im Jahre 1930 die Steuer vom Verfassungsgerichtshof auch ohne bundesgesetzliche Ermächtigung nicht als unzulässig erklärt worden. Das vierte Gesetz betrifft die Steuer auf Gas und elektrischen Strom. Die Steuersätze sollen nicht geändert werden, jedoch soll die Steuer, die bisher eine Zwecksteuer für den Ausbau von Wasserkraften war, nunmehr wie die anderen Steuern für eigene Zwecke der Gemeinde eingehoben werden.

-----

## Anfechtung von Notverordnungen durch die Wiener Landesregierung.

Die Wiener Landesregierung hat in ihrer heutigen Sitzung den Beschluss gefasst, zwei in der letzten Zeit erschienene Notverordnungen der Bundesregierung, die auf Grund des kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetzes erlassen worden sind, gemäss Artikel 139 des Bundes-Verfassungsgesetzes beim Verfassungsgerichtshof anzufechten. Angefochten werden die Verordnung betreffend die Verpflichtung der Gemeinde Wien zur Leistung eines Lastenbeitrages an den Bund und die Verordnung betreffend die Wiener Nahrungs- und Genussmittelabgabe.

-----

## Schliessung der Wiener städtischen Sommerbäder.

Mit Ausnahme des Strombades Aspernbrücke werden die Wiener städtischen Sommerbäder und das Stadionbad ab kommenden Montag geschlossen. Der letzte Badetag in der heurigen Badesaison ist übermorgen, Sonntag.

-----

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur: 263  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Erste Ausgabe.

Wien, am 16. September 1933.

## Erhöhung des Gas- und Lichtstrompreises.

Dem Gemeinderatsausschuss für die städtischen Unternehmungen wird in dessen nächster Sitzung am Dienstag eine Vorlage unterbreitet werden, die zur teilweisen Hereinbringung der vom Bund bei der Gemeinde Wien angeforderten Beträge eine Erhöhung des Gas- und des Lichtstrompreises zum Inhalt hat.

Der Wiener Gaspreis ist seit 8. November 1923, also seit fast zehn Jahren, unverändert und ist um ein Viertel niedriger als in der Vorkriegszeit. Er soll nunmehr für das zur Beheizung von technischen Feuerungsanlagen oder zu motorischen Zwecken verwendete Gas von 19'38 Groschen auf 20 Groschen pro Kubikmeter erhöht werden. Das Gas für allen sonstigen Verbrauch soll, um die Kleinbezieher möglichst zu schonen, für die ersten zehn Kubikmeter jedes Ablesungsabschnittes nur mit 20 Groschen pro Kubikmeter berechnet werden, das darüber hinaus verbrauchte Gas soll 23 Groschen pro Kubikmeter kosten; es wird also immer noch billiger sein als in der Vorkriegszeit.

Der Lichtstrompreis in Wien beträgt derzeit einschliesslich aller Steuern 58'1 Groschen pro Kilowattstunde und ist demnach nur halb so hoch wie in der Vorkriegszeit. Er soll auf 70 Groschen erhöht werden. Der Kraftstrompreis bleibt unverändert. Die Begünstigung, die die ganztägig betriebenen Gast- und Kaffeehäuser bisher für die Nachtzeit gehabt haben, soll in Zukunft wegfallen.

Die Grundgebühren bleiben bei Gas und Strom unverändert.

Die angeführten Massnahmen liefern pro Jahr einen Ertrag von schätzungsweise 15 Millionen Schilling, also nicht einmal die Hälfte des Jahresbetrages, den der Bund mit Rückwirkung vom 1. Jänner 1933 an der Gemeinde Wien als Lastenbeitrag auferlegt hat.

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Zweite Ausgabe

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

264

Wien, am 16. September 1933

## Einzahlung der Gemeindeabgaben.

In der letzten Zeit geschah es oft, dass Gemeindesteuern irrtümlich mit Erlagscheinen der Steueradministration des Bundes bei den Bundesbehörden zur Einzahlung gebracht wurden und so erst verspätet in den Besitz der Gemeinde gelangten. Zur Vermeidung der Aufrechnung von Verzögerungszuschlägen oder Verzugszinsen werden die abgabepflichtigen Parteien aufmerksam gemacht, darauf zu achten, dass bei der Einzahlung der Gemeindeabgaben Erlagscheine des Magistrates Wien oder der magistratischen Bezirksämter und nicht die zur Zahlung von Bundessteuern dienenden Erlagscheine der Steueradministrationen zu verwenden sind. Auch ist immer die Steuergattung auf dem für die Buchung beim Rechnungsamt bestimmten Abschnitt des Erlagscheines zu vermerken.

.....

## Sitzungen im Wiener Rathaus.

In der kommenden Woche tritt am Freitag um 17 Uhr der Wiener Landtag zu einer Sitzung zusammen. Anschliessend an die Landtagsitzung hält der Gemeinderat der Stadt Wien eine Sitzung ab.

.....

## Ausbildungskurs in Kinderpflege und Ernährungskunde.

An der Abteilung des Primararztes Professors Dr. Edmund Nobel im Mautner-Markhofschen Kinderspital, Baumgasse 25, beginnt am 15. Oktober ein zehnmonatiger Kurs zur Ausbildung in Kinderpflege und Ernährungskunde. Der ganztägige Kurs umfasst theoretischen und praktischen Unterricht in der Pflege und Ernährung des Säuglings und des älteren Kindes. Aufnahmebedingungen sind Absolvierung der Hauptschule und Haushaltungsschule, körperliche Eignung für den Beruf der Kinderpflegerin und Mindestalter 20 Jahre. Aufnahmsgesuche, denen Heimatschein, Zeugnisabschriften und eine ärztliche Gesundheitsbestätigung anzuschliessen sind, sind an die Direktion des Mautner-Markhofschen Kinderspitales zu richten. Das Kurshonorar beträgt 200 Schilling. Anmeldung bis längstens 1. Oktober. Die Teilnehmerzahl ist beschränkt.

.....

## Bezirksvertretung Innere Stadt.

Die Bezirksvertretung Innere Stadt tritt am Mittwoch, den 27. September, um 18 Uhr zu einer Plenarsitzung zusammen.

.....

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

265

Dritte Ausgabe.

Wien, am 16. September 1933.

## gas- und Lichtstrompreise in Oesterreich.

Im Zusammenhang mit der bevorstehenden Erhöhung des Gas- und Lichtstrompreises in Wien muss hervorgehoben werden, dass die Wiener Tarife auch nach der Erhöhung noch weit niedriger sein werden als die aller anderen Städte Oesterreichs.

Der Gaspreis in Wien soll künftig für die ersten zehn Kubikmeter jedes Ableungsabschnittes 20 Groschen, darüber hinaus 23 Groschen pro Kubikmeter betragen. Demgegenüber kostet ein Kubikmeter Gas beispielsweise in Baden 32'84 Groschen, in Graz 30'80 Groschen, in Innsbruck 25 Groschen, in Krems an der Donau 34 Groschen, in Linz 28 Groschen, in Mödling 32'58 Groschen, in Salzburg 34'40 Groschen, in St. Pölten 36'66 Groschen und in Steyr 30'60 Groschen. Eine Begünstigung der Kleinbezieher, wie sie in Wien geplant ist, findet nirgends statt.

Die Strompreise der einzelnen Städte sind mit Rücksicht auf ihren verschiedenartigen Aufbau nicht ohne weiteres vergleichbar. Doch ergibt eine Berechnung unter Berücksichtigung der jeweiligen Grundgebühren, Zählermieten und Abgaben für eine Kleinwohnung bei Annahme eines Verbrauches von 60 Kilowattstunden im Jahr, dass zum Beispiel in Wiener Neustadt der Nettostrompreis 90 Groschen, in Linz 95 Groschen, in Klagenfurt 122 Groschen und in Salzburg 85 Groschen pro Kilowattstunde beträgt. Nur in Graz ist der Strompreis niedriger.

-----

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

266

Wien, am 18. September 1933

## Neue Wiener Strassennamen.

In dem Gebiete westlich der Pragerstrasse schon ausserhalb des Ortskernes von Floridsdorf und in der Umgebung der städtischen Wohnhausanlagen in der Freytaggasse ist die Benennung einiger Verkehrsflächen notwendig geworden. Der Gemeinderatsausschuss für allgemeine Verwaltungsangelegenheiten hat sich nun in seiner letzten Sitzung mit der Benennung dieser Strassenzüge befasst und beschlossen, die neuen Verkehrsflächen nach Dr. Rudolf Virchow, Johann Nepomuk Treixler, Dr. Wilhelm Tomaschek, Johann Knoll, Denis Diderot, Peter Anich, Gustav Freytag, Otto Julius Bierbaum, Friedrich von Bodenstedt und Frank Wedekind zu benennen. Die Erläuterungstafeln werden folgende Aufschriften tragen: "Dr. Rudolf Virchow (1821-1902), Universitätsprofessor in Berlin, Pathologe und Anthropologe", "Johann Nepomuk Treixler (1842-1898), Schulleiter. Machte sich um das Schulwesen von Gross-Jedlersdorf verdient", "Dr. Wilhelm Tomaschek (1841-1901), Professor der historischen Geographie an der Wiener Universität", "Johann Knoll (1856-1924), Wiener Kommunalpolitiker, Stadtrat", "Denis Diderot (1713-1784), französischer Schriftsteller", "Peter Anich (1723-1766), Kartograph", "Gustav Freytag (1816-1895), deutscher Dichter und Kulturhistoriker", "Otto Julius Bierbaum (1865-1910), deutscher Dichter", "Friedrich von Bodenstedt (1819-1892), Lyriker und Uebersetzer" und "Frank Wedekind (1864-1918), dramatischer Dichter".

.....

## Sitzung des städtischen Finanzausschusses.

In der heutigen Sitzung des städtischen Finanzausschusses berichtete amtsführender Stadtrat Dr. Danneberg über die Steuergesetze. Die Vorlagen über die Erhöhung und Erweiterung der Bodenwertabgabe vom verbauten Grund, über den weiteren Bestand der Nahrungs- oder Genussmittelabgabe, soweit sie Nachtlokale, Bars und dergleichen sowie lustbarkeitsabgabepflichtige Veranstaltungen betrifft, und über die formale Aenderung der Wasserkraftabgabe wurden unverändert zum Beschluss erhoben. Die Vorlage über die Lustbarkeitsabgabe enthält die Bestimmung, dass die Steuer bei Veranstaltungen ohne Eintrittspreis, für die sie bisher im Wege eines Pauschales vom Veranstalter eingehoben wurde, von nun an auch im Wege von Steuerkarten-unmittelbar vom Besucher eingehoben werden kann. Die Vorlage wurde mit der Aenderung beschlossen, dass die Steuerkarten bei Verabfolgung an den Besucher durch Abtrennung des Kupon ungültig zu machen sind. Der Finanzausschuss beschloss ferner eine neue Vorlage, durch die die Abgabe für Reitpferde, die bisher 250 Schilling pro Pferd betrug, mit Wirkung vom 1. Oktober an auf 400 Schilling erhöht wird.

Im Namen der christlichsozialen Gemeinderatsfraktion erklärte Stadtrat Kunschak, die Stellungnahme seiner Partei zu den Vorlagen für den Landtag vorzubehalten.

Der Wiener Landtag tritt, wie schon gemeldet worden ist, am kommenden Freitag zusammen. In der anschliessend an die Landtagssitzung stattfindenden Sitzung des Gemeinderates der Stadt Wien werden die Vorlagen über die Tarifierhöhungen vorgelegt werden.

.....

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur: 267  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am 19. September 1933

## 900 Waisenkinder im Ronacher und im Zirkus Renz.

Die Direktionen des Ronacher und des Zirkus Renz haben 900 Wiener Waisenkinder, die in städtischen Fürsorgeanstalten untergebracht sind, zum unentgeltlichen Besuch von Nachmittagsvorstellungen eingeladen. Gestern, Montag, besuchten auf Grund der Einladung je 150 Waisenkinder die Nachmittagsvorstellungen der beiden Varietees. Zu den Vorstellungen erschien auch der Leiter des städtischen Wohlfahrtsreferates, amtsführender Stadtrat Honay, der von den Kindern herzlichst begrüsst wurde. Heute, Dienstag, und morgen, Mittwoch, werden wieder je 150 Wiener Waisenkinder die Nachmittagsvorstellungen des Ronacher und des Zirkus Renz besuchen.

## Sitzung des städtischen Unternehmungsausschusses.

Der städtische Unternehmungsausschuss hielt heute eine Sitzung ab, in der Direktor Ingenieur Menzel über die Tarifierhöhungen berichtete. Die Vorlagen wurden zum Beschluss erhoben; sie gelangen am Donnerstag im Wiener Stadtsenat zur Beratung und werden sodann am Freitag dem Gemeinderat zur Beschlussfassung vorgelegt.

## Kürzung der städtischen Stipendienbeträge.

Die Gemeinde Wien hat im Jahre 1926 die Stipendienbeträge für Hoch- und Mittelschüler erhöht. Es sind damals je 400 Stipendien für Hoch- und Mittelschüler verliehen worden; die Beträge sind für die Hochschülerstipendien mit 420 Schilling, für die Mittelschülerstipendien mit 300 Schilling festgesetzt worden. Mit Rücksicht auf die starke Verminderung der Einnahmen der Gemeinde Wien hat der Magistrat dem Gemeinderatsausschuss für Wohlfahrtswesen den Antrag unterbreitet, diese Stipendien wieder auf die im Jahre 1926 bestandenen Ansätze zurückzuführen. Dieser Antrag ist vom zuständigen Gemeinderatsausschuss beschlossen worden. Es gelangen nunmehr im Oktober 400 Stipendien für Hochschüler zu je 300 Schilling und 400 Stipendien für Mittelschüler zu je 180 Schilling zur Verleihung. Durch diese Herabsetzung der Ansätze der Stipendien ist im Interesse der studierenden Jugend eine Verringerung der Zahl der Stipendien vermieden worden. Der Antrag wird am Freitag dem Wiener Gemeinderat beschäftigen.

## Radiovorträge über den Kindergarten.

Unter dem Titel "Der Kindergarten ein wichtiger Erziehungsfaktor der Jetztzeit" wird demnächst eine Vortragreihe im Radio durchgeführt. Professor Dr. Franz Hamburger spricht über die körperliche Entwicklung des Kleinkindes und über den Einfluss des Kindergartens auf diese, Ministerialrat Dr. Ludwig Battista über den pädagogischen Wert des Kindergartens, Kindergarteninspektorin Anna Arbeiter über die Erziehungstätigkeit im Kindergarten und Frau Professor Otilie Mayer über die Persönlichkeit der Kindergärtnerin. Diese Vorträge finden im Radio in der Jugendstunde statt. Der erste Vortrag wird morgen, Mittwoch, um 16 Uhr 40 abgehalten.

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

268

Wien, am 20. September 1933

## Mietzinszuschüsse der Gemeinde Wien.

Der vom Gemeinderat der Stadt Wien eingesetzte Beirat, dem die Entscheidung über die Gewährung von Zuschüssen zu Hauptmietzinsen zusteht, die das Viertausendfache des Friedenszinses übersteigen, hielt kürzlich seine neunundachtzigste Sitzung ab. In dieser Sitzung wurden die Ansuchen von 686 Parteien in 83 Häusern behandelt und Mietzinszuschüsse im Betrage von monatlich 4.218 Schilling bewilligt. Insgesamt hat der Beirat bisher den Ansuchen von 53.093 Parteien in 6.183 Häusern stattgegeben und zusammen Monatsbeiträge in der Höhe von rund 303.900 Schilling genehmigt.

## Neun goldene Hochzeiten.

Am Samstag und Sonntag feierten die Wiener Ehepaare Karl und Karoline Dolleschal, Heinrich und Anna Fleischhacker, Anton und Anna Löhner, Wendelin und Philippine Multerer, Anton und Franziska Seitl, Jakob und Maria Sima, Sigmund und Ida Subak, Samuel und Elisabeth Szlavik und Franz und Magdalena Steiner die fünfzigste Wiederkehr des Tages ihrer Eheschliessung. In Vertretung des Bürgermeisters nahm amtsführender Stadtrat Honay an den Feiern teil, beglückwünschte die Jubelpaare und überreichte ihnen die Ehrengaben der Stadt Wien.

## Ausbaggerung des Freudenaucr Hafens.

Wie bei allen Stromhäfen entstehen infolge des wechselnden Stromwasserstandes alljährlich auch an der Mündung des Freudenaucr Hafens bedeutende Ablagerungen von Schlamm und Schotter. Diese Ablagerungen müssen ausgebaggert werden, um den Hafen für Schiffe zugänglich zu erhalten. Der Gemeinderatsausschuss für technische Angelegenheiten hat daher in seiner letzten Sitzung die Ausbaggerung der Mündung des Freudenaucr Hafens beschlossen. Die Baggerung findet am zweckmässigsten im Spätherbst, kurz vor der Einstellung der Schiffe zur Ueberwinterung, statt, damit diese Einstellung nicht durch neue Ablagerungen behindert werde. Ziel der Baggerung ist die Herstellung einer 500 Meter langen und 30 Meter breiten Fahrtrinne mit einer Tiefe von 3'6 Metern unter dem Nullwasserstand. Die Kosten dieser Baggerung, die auf Grund eines Vertrages durch das Bundesstrombauamt durchgeführt wird, betragen rund 42.000 Schilling.

## Bezirksvertretung Brigittenau.

Die Bezirksvertretung Brigittenau tritt morgen, Donnerstag, um 19 Uhr zu einer Plenarsitzung zusammen.

# RATHAUSKORRESPONDENZ

II. Ausgabe.

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

269

Wien, am 20. September 1933.

## Verhandlungen über die Personalkosten der Gemeinde Wien.

Die Gemeindevorwaltung hat angekündigt, dass die Pensionen der städtischen Angestellten den Pensionen der Bundesangestellten ab 1. Oktober angeglichen werden sollen, um auf diese Weise Ersparungen noch im heurigen Jahr zu erzielen. Ueber diesen Gegenstand fand eine Aussprache zwischen den Vertretern der Gemeindevorwaltung und den Vertretern des Verbandes der städtischen Angestellten und der Gewerkschaft der Unternehmungsangestellten statt, in der diese die Protestresolution der Vertrauensmännerversammlungen der beiden Gewerkschaften überreichten und darauf verwiesen, dass erst im Sommer eine sehr namhafte Kürzung der Pensionen und Aktivbezüge stattgefunden habe. Die Kürzung der Bezüge sei mit Ende dieses Jahres befristet worden, woraus hervorgeht, dass bis zu diesem Zeitpunkt neue Kürzungen nicht in Frage kommen. In der Auseinandersetzung verwies der Finanzreferent darauf, dass sich seit der Beschlussfassung des Gemeinderates am 24. Juli die finanzielle Lage der Gemeinde grundstürzend dadurch geändert hat, dass der Bund ihr mit Rückwirkung vom 1. Jänner 1933 an eine monatliche Zahlung von 3 Millionen Schilling auferlegt und ihr überdies eine wichtige Steuereinnahme entzogen hat. Da das Budget durch die Julibeschlüsse knapp ins Gleichgewicht gebracht worden sei, ergebe sich durch diese neue Belastung ein neues Defizit, dessen Beseitigung zum Teile durch starke Einnahmeerhöhungen, zum anderen Teile durch Ersparungen angestrebt werden müsse. Daher sei es nicht zu umgehen, dass in dieser neuen, nicht durch die Gemeinde verschuldeten Lage auch den städtischen Angestellten und Pensionisten neue Opfer zugemutet werden.

Die Vertreter der Angestellten machten geltend, dass der Weg eines Gesetzes zur Lösung von Bezugsfragen der Angestellten von der Gemeinde noch nie beschritten worden sei und auch diesmal vermieden werden sollte, zumal bei den Angestellten das Verständnis für die Lage der Gemeinde nicht fehle.

Schliesslich wurde vereinbart, dass der Personalreferent Stadtrat Speiser unverzüglich Verhandlungen über den ganzen Komplex der Angestelltenbesoldung mit den Gewerkschaftsvertretern führen wird. Die Einbringung des geplanten Gesetzentwurfes unterbleibt vorläufig.

553

.....

FRANZ XAVER FRIEDRICH

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

270

Wien, am 21. September 1933

## Die Bevölkerungsbewegung in Wien im Juli 1933.

Wie die Magistrats-Abteilung für Statistik mitteilt, kamen heuer im Juli in Wien 1.197 Säuglinge lebend zur Welt. Von den Lebendgeburten waren 603 Knaben und 594 Mädchen, 960 eheliche und 237 uneheliche Kinder. In der Wohnung der Mutter wurden 163, in Anstalten 1.034 Kinder geboren. Im Berichtsmonate erfolgten in Wien 30 Totgeburten.

Ueber die Säuglingssterblichkeit wird berichtet, dass im vergangenen Juli in Wien 51 Säuglinge starben. Von den im Berichtsmonate verstorbenen Säuglingen waren 33 Knaben und 18 Mädchen, 37 eheliche und 14 uneheliche Kinder; 37 Säuglinge starben im ersten Lebensmonat, 14 im zweiten bis zwölften Lebensmonat.

Im Juli des heurigen Jahres starben von der Wiener Wohnbevölkerung 1.726 Personen. Von den Verstorbenen waren 830 männlichen und 896 weiblichen Geschlechtes. Als hauptsächliche Todesursachen sind in 345 Fällen Krebs, in 273 Fällen organische Herzkrankheiten, in 174 Fällen Tuberkulose der Atmungsorgane und in 100 Fällen Gehirnschlag angegeben worden; 90 Anzeigen haben als Todesursachen Lungen- und Rippenfellentzündung, 70 Anzeigen Arterienverkalkung, 48 Anzeigen Altersschwäche und 17 Anzeigen epidemische Krankheiten bezeichnet. 65 Verstorbene standen in einem Alter bis zu fünf Jahren, 14 in einem Alter von fünf bis zehn Jahren, 12 in einem Alter von zehn bis fünfzehn Jahren, 23 in einem Alter von fünfzehn bis zwanzig Jahren, 86 in einem Alter von zwanzig bis dreissig Jahren, 126 in einem Alter von dreissig bis vierzig Jahren, 190 in einem Alter von vierzig bis fünfzig Jahren und 288 in einem Alter von fünfzig bis sechzig Jahren; 921 Verstorbene waren mehr als sechzig Jahre alt. In der Wohnung starben 651, in Anstalten 1.075 Personen. Im Berichtsmonate begingen in Wien 97 Personen Selbstmord, 154 Personen Selbstmordversuch.

Nach dem Bericht der Magistrats-Abteilung für Statistik sind heuer im Juli 11.986 Personen nach Wien zugewandert und 15.346 Personen von Wien abgewandert. Bei Berücksichtigung der Wanderungsbewegung und der Bevölkerungsbewegung ergibt sich im Berichtsmonate eine Abnahme der Wiener Bevölkerung um 2.889 Personen.

.....

## Ablenkung der Bahnhofrundlinie.

Wegen Belastungsprobe der Friedensbrücke wird die Bahnhofrundlinie der städtischen Strassenbahnen in der Nacht von Freitag auf Samstag von der Nordwestbahnstrasse über die Taborstrasse-Schwedenbrücke-Franz Josefs Kai-Schottenring-Wipplingerstrasse-Liechtensteinstrasse zur Alserbachstrasse geführt. Die Ablenkung gilt für beide Fahrtrichtungen.

.....

## Bezirksvertretung Meidling.

Die Bezirksvertretung Meidling tritt am nächsten Donnerstag um 18 Uhr zu einer Plenarsitzung zusammen.

.....

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

271

Wien, am 22. September 1933.

W i e n e r      L a n d t a g

Sitzung vom 22. September 1933.

Präs. Dr. Neubauer eröffnet die Sitzung um 17 Uhr 10.

Es wird in die Tagesordnung eingegangen. Und zunächst die Novelle zu dem Gesetz betreffend die Bodenwertabgabe von bebauten Liegenschaften im Gebiete der Hauptstadt Wien in Verhandlung gezogen.

St. R. Dr. Danneberg gibt in diesem Zusammenhang zunächst einen allgemeinen Ueberblick über die Finanzlage Wien, um darzutun, wie es zu den Steuergesetzen und Tarifierhöhungen, die heute beschlossen werden sollen, gekommen ist. Der Gemeinderat hat am 24. Juli Massnahmen zur Ordnung des Gemeindehaushaltes für den Rest des Jahres 1933 getroffen. Wir haben damals eine leider sehr beträchtliche Kürzung der Bezüge der städtischen Angestellten und der Pensionisten der Gemeinde vorgenommen, wir haben zur Deckung des Defizits ausser Ersparungen, <sup>die</sup> im ganzen Gemeindehaushalt durchgeführt worden sind, auch die Reserven des Gaswerks herangezogen und damals wurde überdies der Finanzreferent ermächtigt, auch die Rücklagen aufzulösen die es innerhalb der Gemeindeverwaltung gibt. Wir haben damals auch im Gemeinderat eine eindringliche Warnung in der Form einer Entschliessung an die Bundesregierung ergehen lassen, dass die Lebensinteressen Wiens nicht missachtet werden mögen und <sup>er</sup> eine Warnung auch davor, dass durch solche Massnahmen der Kredit der Gemeinde zerstört wird. Die Bundesregierung hat diese Warnung leider nicht beachtet. Sie hat schon am 19. August eine Notverordnung erlassen, in der der Gemeinde nicht mehr etwas entzogen worden ist, was ihr nach den geltenden Gesetzen zusteht, sondern in der man den umgekehrten Weg gegangen und der Gemeinde eine neue Last auferlegt hat, die Abfuhr von 3 Millionen pro Monat an den Bund für die Jahre 1933 und 1934 also einem Betrags von 72 Millionen S. Aus dem Wortlaut der Verordnung hat man dann überdies erfahren, dass eine Rückwirkung <sup>eben</sup> für das Jahr 1933 vorgesehen ist und dass der Betrag, der bis zum Erscheinen der Verordnung fällig war, also 24 Millionen gleich an dem Tag, an dem die Verordnung erschienen ist, gezahlt werden soll. Tatsächlich hat auch das Finanzministerium unmittelbar darauf die Bezahlung dieses Betrags verlangt. Diese Verordnung ist gemacht worden in einer völligen Verkennung der Finanzlage, in der sich die Gemeinde Wien befindet, und ohne Rücksicht auf die Leistungsfähigkeit, die die Gemeinde namentlich heute nach 3jähriger Wirtschaftskrise hat. Man kann sich über diese Tatsache nicht hinwegsetzen, indem man einfach erklärt, was die Gemeinde nicht hat, das kann sie nicht zahlen. Denn der Bund hat mit der Gemeinde allmonatliche Verrechnungen und kann sich zu einem grossen Teil aus diesen Verrechnungen bezahlt machen. Der Bund hat auch einige Tage nach dem Erscheinen der Notverordnung einfach bei der Verrechnung der Abgabenteilung der Gemeinde keine Beträge mehr ausbezahlt, wie sonst an jedem Monatsersten, sondern hat die Beträge zurückbehalten und er hat diese Methode auch in einem Erlass an den Magistrat bis zum Ende dieses Jahres festgelegt, sodass die Gemeinde für das heurige Jahr irgendwelche Beträge aus der Abgabenteilung nicht mehr bekommt. Das Finanzministerium hat nun neuerdings verlangt, dass das, was auf diese Weise nicht abgezahlt wird, durch direkte Barzahlungen der Gemeinde an den Bund noch im Laufe des heurigen Jahres abgestattet werden soll.

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

II. Blatt

Wien, am .....

Wenn man auch von dieser letzten Forderung absieht, bleibt doch die Tatsache bestehen, dass wir heuer keine Einnahmen aus der Abgabenteilung mehr haben, dass uns also auf diese Weise rund 13 Millionen verloren gehen. Dazu kommt noch, dass der Bund die weitere Einhebung der Nahrungs- oder Genussmittelabgabe für unzulässig erklärt hat. Wenn dieser Verordnung Rechnung getragen wird, würde das für das heurige Jahr einen Entgang von etwa 2 Millionen zumindest bedeuten. Das ist zusammen ein Betrag von 15 Millionen, um den sich plötzlich wieder die Finanz- und Kassenlage der Gemeinde geändert hat. Es ist ja klar, dass eine Verwaltung, die nicht über erheuliche Kassenbestände verfügt, über solche verfügen heute öffentliche Körperschaften überhaupt nicht leicht - diese 15 Millionen ein grosses neues Loch bedeuten, das gestopft werden muss, wenn nicht sehr grosse Schwierigkeiten in der Verwaltung entstehen sollen, was ja niemandes Wunsch sein kann. Das ist der unmittelbare Anlass, aus dem wir, ohne dass das ganze Problem der 36 Millionen damit zur Diskussion gestellt wird, schon allein genötigt sind, Massnahmen zu treffen. Auf der einen Seite - natürlich auch noch immer Ersparungen zu machen, soweit solche möglich sind, auf der anderen aber neue Einnahmen zu suchen, da wir ohne solche das Problem nicht bewältigen können. Wir haben im Laufe des Jahres das Defizit, das teils durch Rückgang unserer eigenen Steuern, teils durch Massnahmen des Bundes vom Frühjahr entstanden ist, gedeckt ohne der Bevölkerung neue Lasten aufzuerlegen. Es ist jetzt nach den neuerlichen Massnahmen das nicht mehr möglich, sondern jetzt muss auch dieses in der Krise besonders unangenehme Mittel angewendet werden.

Nun noch einige Bemerkungen über die allgemeine Finanzlage und Finanzpolitik der Gemeinde. Unsommer, als sich die Öffentlichkeit gerade in den allerletzten Tagen mit diesen Dingen sehr beschäftigt hat. Es hat ja ursprünglich im August, als die Verordnung erschienen ist, die Bundesregierung offenbar gemeint, jede öffentliche Erörterung dieser Dinge unterdrücken zu können und sie hat das auch durch die Zensur zunächst versucht. Aber die Gewalt dieser Tatsachen war doch stärker als die Zensur und heute muss sich eben ganz Wien mit diesen Fragen beschäftigen. Es unterlaufen dabei aber so viele Irrtümer und Missverständnisse, dass an dieser Stelle darüber gesprochen werden muss. In der öffentlichen Diskussion der letzten Tage wurden die Dinge immer wieder so dargestellt, als ob das System Breitner zusammengebrochen wäre und die Gemeinde dafür einen Rachefeldzug gegen die Wiener Bevölkerung unternähme. Es wird behauptet, dass der Gemeindehaushalt ungemein aufgebläht sei, vielmehr als in der Vorkriegszeit, im Jahre 1913 und dass es, wie gestern in einer massgeblichen Zeitung zu lesen war, höchste Zeit gewesen sei, dass die Bundesregierung eingegriffen habe, um die Dinge auf das rechte Mass zurückzuführen. Diese ganze Darstellung zeugt von einer grossen Unkenntnis der wirklichen Tatsachen. Es wird in der öffentlichen Diskussion so viel davon geschrieben, die Gemeinde Wien habe einen viel zu grossen Haushalt heute und er könne ganz leicht auf das Niveau von 1913 heruntergedrückt werden. Da schreibt die eine Zeitung im Jahre 1913 hätte der Gemeindehaushalt 100 Millionen, eine andere Zeitung, er hätte 180 Millionen aufgemacht. In Wirklichkeit haben die Ausgaben der Gemeinde im Jahre 1913 225'6 Millionen Goldkronen betragen, das sind 350 Millionen Schilling. Man darf, wenn man mit der heutigen Zeit Vergleiche zieht, folgendes nicht vergessen: Voraussichtlich wird einschliesslich der Wortedurchführungen, die man eigentlich abziehen müsste, die Ausgaben der Gemeinde im heurigen Jahr einen Betrag von 358 Millionen erreichen ohne die 36 Millionen, die der Bund jetzt verlangt.

# RATHAUSKORRESPONDENZ

III. Blatt

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am.....

Man darf aber nicht vergessen, dass Wien seit 1913 ein Land geworden ist und damit auch alle Agenden eines Landes übernommen hat, die im Jahre 1913 vom Land Niederösterreich bestritten worden sind und daher das Gemeindebudget nicht belastet haben. Dazu gehören sehr wesentliche Beträge. In unserem Budget sind die Ausgaben für das Landes Heil- und Pflegeanstalten für die Geisteskranken mit über 10 Millionen eingestellt. Für die Bezahlung der alten Pensionen des Landes Niederösterreich müssen wir 4'2 Millionen ausgeben. Wien hat als Land/15'5 Millionen <sup>an Beiträgen</sup> zur Notstandsunterstützung zu zahlen. Wenn man das von unseren Ausgaben abzieht, kommt man allein schon unter den Betrag, der im Jahre 1913 der Haushalt der Gemeinde gewesen ist. Ich sage das nicht, um den Haushalt von 1913 zu tadeln, sondern ich ziehe nur einen Vergleich. Dazu kommt aber noch, dass auch die Gemeinde Wien als solche eine Reihe von Verpflichtungen hat, die schon im Jahr 1913 bestanden haben, heute aber begreiflicherweise ~~mehr~~ mehr kosten als damals, nicht weil damals Christlichsoziale und heute Sozialdemokraten verwalten, sondern deshalb, weil heute die Tatsachen ganz andere sind als im Jahr 1913. Dass man in einer Zeit wie heute mehr Geld für die Pflegebeiträge der Kinder braucht, mehr Geld für die Erhaltungsbeiträge als im Jahre 1913 hängt weder mit Verschwendungssucht noch mit sozialdemokratischer Weltanschauung zusammen, sondern <sup>ist</sup> in dem Ekand begründet, das die Nachkriegszeit und eine 3jährige Wirtschaftskrise gebracht hat. Man sieht auch an einem Beispiel, was es bedeutet, dass gewisse Aufgaben einen anderen Geldcharakter bekommen haben. Vor dem Krieg hat es einen Lehrerpensionsfonds gegeben. Aus dem <sup>Ertrag der</sup> Wertpapiere dieses Fonds konnten mit einem kleinen Zuschuss die Lehrerpensionen bestritten werden. Die Wertpapiere sind in der Inflation gegenstandslos geworden. Die Gemeinde aber muss die Pensionen weiter bezahlen. Das macht gegenüber 1913 bei den Lehrerpensionen allein 18'5 Millionen im Jahr aus (Hört Hört b.d. Soz. dem.) Wenn wir nun trotz einer Erweiterung der Gemeindeagenden auf manchen Gebieten dennoch nicht mehr sondern weniger Geld brauchen, als im Jahr 1913, so zeigt das, dass sich hier nicht eine uferlose Verwaltung breit gemacht hat, sondern dass hier eine sehr sorgsam geführte Verwaltung auf neuen Grundlagen aufgerichtet worden ist, die sovielerlei und vielmehr als vor dem Krieg geleistet hat und vielleicht auch, leisten musste. Daher sind alle in der Öffentlichkeit angeführten Argumente falsch, denn sie zeugen für uns und nicht gegen uns (Lebh. Beifall b.d. Mehrheit).

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

IV. Blatt

Wien, am.....

Wenn nun höhnend von vielen Seiten gesagt wird, das System Breitner sei zusammengebrochen, so braucht man nur einen Blick auf die Finanzverwaltung der grossen und breiten Städte Deutschlands zu machen und man wird sehen, wie traurig es dort aussieht. Das Problem der Gemeindefinanzen gehört heute zu den ernstesten Sorgen der neuen deutschen Reichsregierung und das ist nicht vielleicht ein sozialdemokratisches Problem. Es gibt keine grosse Stadt in Deutschland, in der in den letzten Jahren die Sozialdemokraten allein die Verwaltung geführt haben, sondern überall waren bürgerliche Parteien mit dabei oder haben die Führung gehabt. Die gleichen Dinge sieht man überall in der Welt. In New York, der grössten und reichsten Stadt der Welt, hat am 1. September des heurigen Jahres die Gemeindeverwaltung ihre Verpflichtungen nicht erfüllen können und sie müsste mit den dortigen Banken unter der drückendsten Bedingungen über eine Anleihe verhandeln, um ihr Budget halbwegs in Ordnung zu bringen.

Gegenüber all diesen Vorgängen steht die Tatsache, dass wir in Wien trotz eines Einnahmerückganges von 100 Millionen Schilling im Dezember des vergangenen Jahres ein durchaus ernst gemeintes Budget aufgebaut haben, das wir auch hätten halten können, obwohl die Wirtschaftskrise uns in diesem Jahre noch stärker zugesetzt hat, als man es vermuten konnte. Nicht das System Breitner ist zusammengebrochen, sondern dieses System hat bewirkt, dass die Gemeindeverwaltung von Wien auf weit besseren Finanzgrundlagen aufgebaut war, als die Verwaltung jeder anderen Stadt. (Lobhafter Beifall bei den Soz. dem.) Wenn man in der Diskussion der letzten Tage auch wieder davon gesprochen hat, dass die Gemeinde in den vergangenen Jahren es verabsäumt habe, Anleihen aufzunehmen, so ist darauf zu erwidern, dass es der Gemeinde heute ausserordentlich <sup>kommt,</sup> ~~zustatten,~~ dass sie nicht mit einem Schuldendienst belastet ist, wodurch ihr, budgetär gesehen, die Möglichkeit von Anleihen viel besser offen steht.

Wenn wir jetzt in einer Klemme sind und das finanzielle Problem immer schwerer wird, so ist das darauf zurückzuführen, dass Eingriffe von aussen das Budget der Gemeinde Wien so verunstaltet haben. Ich brauche die Kette all der Massnahmen des Bundes nicht aufzuzählen, durch die der Gemeinde für das heurige Jahr 103 Millionen Schilling, das sind 30 Prozent des Budgets entzogen worden sind. Verantwortungsbewusste Männer hätten es sich hundert mal überlegen müssen, derartiges zu tun (Lobhafter Beifall bei den Soz. dem.) denn das ist nicht eine Angelegenheit der Gemeinde Wien, sondern eine Angelegenheit, die ganz Oesterreich, die den Interessenkreis der Bundesregierung selbst angeht. Das Merkwürdigste dabei ist, dass aus der selben Richtung, die dieses Unheil angerichtet hat, dann der Herzensschrei ertönt, die Sozialdemokraten können die Gemeinde nicht mehr verwalten, daher muss ein Kontrollor oder ein Kommissär her. Das wäre nicht nur ein grober Verfassungsbruch, der den äussersten Widerstand hervorrufen müsste, (Grosser Beifall bei den Soz. dem.) sondern eine solche Argumentation ist auch vom finanziellen Standpunkt aus lächerlich. Erstens hat die Regierung gar kein Recht, irgend wohin einen Kontrollor oder Kommissär zu schicken, auch wenn irgendwo ein Defizit ist. Aber dass sie selbst Defizite erzeugt, um sie zum Anlass der Bestellung eines Kommissärs zu nehmen, wäre ein so grotesker Zustand, dass man ihn selbst einer autoritären Demokratie nicht zutrauen kann. Gerade heute

# RATHAUSKORRESPONDENZ

V. Blatt

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am \_\_\_\_\_

veröffentlicht der Rechnungshof einen Bericht über das erste Halbjahr der Gebarung des Bundes und da sieht man Defizite, die schon etwas bedeuten. Das zeigt doch, dass der Kampf um die Ordnung des Haushaltes ein Problem<sup>ist</sup>, das überall vorhanden ist.

Was uns die Regierung hier zumutet, ist in Wahrheit grotesk. Wir bekommen heuer nach der Streichung der Gewährleistungsklausel an Abgabenertragsanteilen nur mehr 54 Millionen Schilling. Nun will uns die Regierung unter dem Titel eines Lastenausgleiches noch 36 Millionen wegnehmen. Es bleiben also 18 Millionen Schilling, oder 10 Schilling auf den Kopf der Bevölkerung. Das ist nach der amtlichen Statistik des Finanzministeriums genau die Kopfquote, die die Dörfer von 500 Einwohnern aus der Abgabenteilung bekommen. (Hört Hört bei den Soz. dem.) Dem gegenüber erhalten die grösseren Städte in Oesterreich, Linz, Graz, Innsbruck, u. s. w., eine Kopfquote von etwa 30 Schilling für den Kopf der Bevölkerung und daneben bekommen natürlich auch die Länder, in denen diese Städte liegen, je nach der Steuerkraft eine Kopfquote von 10 bis 20 Schilling für den Kopf. Was soll das bedeuten? Das kann bedeuten, dass die Bundesregierung die Stadt Wien in kultureller, sozialer und wirtschaftlicher Beziehung auf das Niveau eines Dorfes von 500 Einwohnern herunterdrücken will. Wenn sie das nicht will, dann kann sie nur von der Argumentation ausgehen, Wien solle sich selber aus seiner Bevölkerung so viel Steuern herausholen, dass es diese kleine Bundeskopfquote entsprechend seinen Bedürfnissen ergänzen kann. Ich finde es also sehr sonderbar, dass dieselben Kreise, die den Massnahmen der Bundesregierung zujubeln, weil sie gerne einen Rachezug gegen das Wiener Rathaus führen wollen, so entrüstet darüber sind, dass der Rachezug, den die Bundesregierung führt, sich ganz natürlich an der Wiener Bevölkerung auswirken muss, denn es liegen ja hier nicht unterirdisch irgend welche Schätze vergraben, die man heben und in die Himmelpfortgasse tragen kann, sondern das, was die Bundesregierung verlangt, kann sie nur von der Wiener Bevölkerung verlangen.

Die Regierung hat die Dinge völlig unrichtig gesehen, weil sie es in ihrem Autoritätswahn völlig verabsäumt, sich über die Tatsachen zu unterrichten, ehe sie irgend etwas unternimmt. Der hundertmal verdammte Parlamentarismus hat einen grossen Vorteil gehabt, dort haben viele Leute etwas mitzureden gehabt und auch eine weise Regierung hat in den Ausschüssen des Parlamentes manchmal sehr viel lernen können. In einer Regierung aber, die in dem Wahn einer Autorität nach den Einfällen irgend eines Menschen, der zufällig Minister ist, diktieren zu können glaubt, muss auch der weiseste Minister danebengreifen, gar dann, wenn das Improvisationen sind, wie das so häufig bei Autoritäten vorzukommen pflegt. Wenn es sich um Spielereien handeln würde, könnte man denen, die spielen wollen, das Vergnügen ja überlassen. Aber hier handelt es sich um die Lebensinteressen von 1,800.000 Menschen und die sind zu gut für ein solches Spiel. (Zustimmung bei den Soz. dem.) Wir sind überzeugt, dass man bei einer Überprüfung der Dinge zu der Erkenntnis käme, dass man hier der Wiener Bevölkerung etwas Untragbares zumutet.

Wenn die Regierung aber zu einer solchen Erkenntnis nicht zu bringen ist, so müssen wir uns umsehen, wie der Haushalt der Gemeinde Wien unter solchen Umständen in Ordnung zu bringen ist. Es ist selbstverständlich, dass hier in erster Linie an Ersparungen gedacht werden muss, und das

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

VI. Blatt

Wien, am.....

Budget der Gemeinde Wien wird daraufhin wieder immer durchgearbeitet, obwohl wir uns sicher alle darüber im Klaren sind, dass sehr viele Ersparungen wieder neues Unheil in der Wirtschaft auslösen, weil jede unterlassene Bestellung und jede nicht vergebene Arbeit den Wirtschafts- und Arbeitsmarkt natürlich beeinflussen muss. Die Bundesregierung verkündet ja selbst allenthalben, dass das Problem der Arbeitsbeschaffung ihre oberste Sorge sei. Welches Interesse also kann sie daran haben, die Arbeitsbeschaffung durch die Gemeinde Wien unmöglich zu machen, wie sie es durch ihre Massnahmen tut? Ein zweites Problem bei den Ersparungen ist das der Personalkosten. Wir waren im Sommer gezwungen, die Gehalte der städtischen Angestellten namhaft zu kürzen und wir müssen wieder daran denken. Es ist uns in der Juli-Sitzung

aus den Reihen der Opposition der Vorwurf des Angestelltenverrates entgegengeschleudert worden, von den Sprechern der Partei der Regierung, die uns durch ihre Massnahmen zwingt, eine Angleichung der Bezüge der Gemeindeangestellten an die der Bundesangestellten vorzunehmen. Dabei wird die Oeffentlichkeit auch in den letzten Tagen über diesen Gegenstand in einer ganz falschen Weise unterrichtet. In einer Wochenschrift, in der christlichsoziale Minister fast allwöchentlich mit ihrem Namen unterzeichnete Artikel veröffentlichen, war erst vor einigen Tagen sogar auf der ersten Seite die Notiz zu lesen, dass die Gemeindeangestellten in Wien immer noch um 30 Prozent höher bezahlt werden als die Bundesangestellten, woraus man die marxistische Verschwendungssucht sehen könne. Der Unterschied ist seit der Sommerregulierung der Bezüge in Wirklichkeit schon sehr klein geworden. Aber welche soziale Gehässigkeit spricht aus dieser Argumentation!

Doch alle Ersparungen in personeller und sachlicher Beziehung können das Defizit nicht wettmachen, das durch die Massnahmen des Bundes erzeugt worden ist. Wir können auch nicht die Wohnhausbauten, die jetzt im Gange sind, einstellen und auf den Ruinen vielleicht eine Tafel hängen, die deutlich sagt, warum diese Wohnungen niemals für Wohnungslose zur Verfügung stehen werden. Als wir im Frühjahr ohnedies nur den Bau von 1350 Wohnungen beschlossen haben, hat uns der Sprecher der christlichsozialen Opposition den Vorwurf gemacht, dass wir wenig bauen und dass wir keine Ursache haben, mit diesen Bauten noch Staat zu machen. Herr St. R. Kunschak soll hier sagen, ob er meint, dass wir den Bau dieser 1350 Wohnungen nicht vollenden sollen. Das wird doch kein vernünftiger Mensch in Wien wollen, das kann die Regierung selbst auch nicht wollen.

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

VII. Blatt

Wien, am .....

Der Redner kommt sodann auf die Tarif- und Steuererhöhungen zu sprechen und erklärt: Wenn die Bundesregierung in Erkenntnis der wirklichen Situation alle Massnahmen, die sie gegen Wien getroffen hat zurückziehe, brauche Wien weder die Steuererhöhungen, noch die Tarifierhöhungen. Die Belastung, die der Gemeindehaushalt durch die Wirtschaftskrise<sup>erfährt</sup>, könne im Rahmen des Budgets ausgeglichen werden, aber die Belastung, die die Bundesregierung der Stadt Wien auferlegt habe, sei eine Belastung der Bevölkerung, da sie für das Budget nicht tragbar sei und daher durch Mehreinnahmen zum Teil eingebracht werden müsse. Von allen möglichen Körperschaften sind Proteste und Protestresolutionen gegen die geplanten Steuer- und Tarifmassnahmen eingebracht worden. Sie sind an die falsche Adresse gerichtet, sie gehören dorthin, wohin die Dankadressen für die Massnahmen gegen die Gemeinde Wien gerichtet worden sind. Die Regierung behauptet, die Massnahmen gegen Wien seien keine Massnahmen aus Gehässigkeit, das liege der objektiven Regierung ferne. Die Massnahmen sind vielmehr aus der Not des Bundes heraus entstanden. Dazu ist zu sagen, dass der Bund eine übergeordnete Kompetenz ist, mit aller Steuerhoheit ausgestattet. Wenn nun also der Bund nicht genug Einnahmen hat, so kann er sie sich schaffen. Der Redner spricht sodann über das Bundespräzipuum und erklärt, dass auch heute noch die österreichischen Länder und Gemeinden an den Bund 40 Millionen S für dessen Budget zahlen. Der Unterschied zwischen damals und heute ist aber, dass man damals über diesen Lastenbeitrag verhandelt hat und sich mit den Ländern auf den Betrag geeinigt hat, den die Länder zahlen können. Heute aber wird ohne zu verhandeln und ohne eine finanzielle Tragfähigkeit zu ermitteln dem Land Wien einfach ein Lastenbeitrag von 36 Millionen S auferlegt. Das ist ein ganz einseitiger Akt, der die Wiener zu Staatsbürgern zweiter Klasse macht. (Entrüstungsrufe bei der Mehrheit). Am 25. Jänner 1931 ist von der Regierung, von der Gemeinde und von den politischen Parteien unterschriebener Vertrag über die letzte Abgabenteilung geschlossen worden. Auch dieser Vertrag wird von der Regierung einseitig gebrochen und Buresch und Winkler, die damals den Vertrag mitunterschrieben haben, haben jetzt ihre Unterschriften unter die Notverordnungen gesetzt, die die einseitige Aufhebung dieses Vertrages bedeuten. Wenn nun die Bundesregierung diesen Vertrag aufhebt, dann soll sie ihn ganz aufheben und Wien von den Lasten befreien, die Wien bei der Vertragschliessung zugunsten der anderen Länder auf sich genommen hat, weil die Voraussetzungen, die damals bestanden, heute unter keinen Umständen mehr gegeben sind. (Beifall b. d. Mehrheit).

Der vorliegende Gesetzentwurf, sagt der Referent, ist in der Sache durchaus gerechtfertigt. Die Steuer trifft ein Einkommen, das infolge der Mietengesetznovellen als das einzige Einkommen in den letzten Jahrensich erhöht hat. Da der Gesetzentwurf seine Rechtfertigung in sich selbst trägt, bittet der Referent um Annahme. (Beifall).

abg. Nachtnbel und Genossen haben folgenden Resolutionsantrag eingebracht, der vom Präsidenten Dr. Neubauer verlesen wird:

# RATHAUSKORRESPONDENZ

VIII. Blatt

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am.....

## Entschliessung.

Der Wiener Gemeinderat hat in seiner Sitzung am 24. Juli 1933 eindringlich davor gewarnt, dass die Massnahmen der Bundesregierung fortgesetzt werden, die das Gleichgewicht des Gemeindehaushaltes zerstören und den Kredit der Stadt Wien, eines der wertvollsten Aktiven Oesterreichs, untergraben.

Nichtsdestoweniger hat die Bundesregierung durch Verordnung vom 19. August 1933 der Gemeinde Wien die Leistung eines Betrages von 72 Millionen Schilling auferlegt, von denen 36 Millionen Schilling im Laufe von vier Monaten des heurigen Jahres und 36 Millionen Schilling im Laufe des nächsten Jahres gezahlt werden sollen. Die Bundesregierung hat der Gemeinde mitgeteilt, dass sie die gesamten Bundessteuerertragsanteile der Gemeinde und des Landes Wien für Rechnung dieser Beträge zurückbehalte. Ueberdies hat die Bundesregierung der Gemeinde eine Steuer entzogen, die im heurigen Jahres mehr als 6 Millionen Schilling einbringt, und so nicht nur die Rechte der Gemeinde beeinträchtigt, sondern ihr neuerdings Einnahmen weggenommen. Auf diese Weise ist das Gleichgewicht des Gemeindehaushaltes neuerdings schwer gestört worden. Neue Ersparungen, aber auch neue Einnahmen sind dadurch unvermeidlich geworden.

Der Landtag stellt fest, dass alle Mehreinnahmen, die sich Wien schaffen muss, überflüssig werden und die Gemeinde auf alle neuen Steuern und Tariferhöhungen verzichten kann, wenn die Bundesregierung ihre durch Notverordnung erlassenen Massnahmen zurücknimmt. Der Landtag fordert die Bundesregierung auf, an die Gemeinde nicht Forderungen zu stellen, die untragbar sind und die in ihrer Gänze auch durch neue Einnahmen nicht hereingebracht werden können. Im Interesse der ganzen Wiener Bevölkerung, im Interesse der Wirtschaft und der Gemeindeverwaltung, deren Aufrechterhaltung auf dem Gebiete der Fürsorge und der Schule eine Lebensnotwendigkeit für Wien und ganz Oesterreich ist, muss die Bundesregierung ihre Massnahmen, die bei Prüfung der gesamten finanziellen Lage der Gemeinde von jedem unvoreingenommenen Menschen als untragbar erkannt werden, zurücknehmen.

Die ganze Kette der Massnahmen der Bundesregierung bedeutet eine einseitige Aenderung des letzten Finanzausgleiches, der für fünf Jahre die Verhältnisse bis Ende 1935 regeln sollte. Wenn es die Bundesregierung für gut befunden hat, ohne Rücksicht auf den Wortlaut und den Sinn der damaligen Vereinbarungen Massnahmen auf Kosten Wien's zugunsten des Bundeshaushaltes zu treffen, so muss - sofern diese Massnahmen auch nur teilweise aufrecht bleiben sollten - sofort eine Entlastung Wiens von den Verpflichtungen durchgeführt werden, die ihm durch den letzten Finanzausgleich zugunsten der übrigen Länder auferlegt worden sind. Wenn der Bund den Gedanken einer Belastung der Länder zu seinen Gunsten verfolgt, statt sich die ihm notwendig erscheinenden Einnahmen durch eigene Steuermassnahmen zu schaffen, so weist die Einrichtung des Präcipuums dazu einen Weg, umso mehr, als die finanzielle Lage Wiens infolge des Rückganges der eigenen Einnahmen nicht besser ist als die der übrigen Länder.

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

IX. Blatt

Wien, am.....

## Erhöhung der Gas- und Stromtarife.

### Vorsprache der Wiener Gastgewerbetreibenden bei Bürgermeister Seitz.

Heute vormittags erschienen beim Bürgermeister Vertreter der Wiener Gast- und Schankgewerbe, und zwar für das Gremium der Kaffeehausbesitzer I. Vorsteher Kommerzialrat E g k h e r, II. Vorsteher D e m m e r<sup>e r</sup> und die Gremialräte K u l k a und E r t l, für die Genossenschaft der Kaffeeschänker Vorsteher T s c h o c k l, für die Genossenschaft der Gastwirte Vorsteher-Stellvertreter R s s l e r, für den Verband der Konzertlokalbesitzer Präsident H o f f m a n n und für das Gremium der Hoteliers Vorsteher Kommerzialrat S c h e i f l i n g e r.

Sie verwiesen darauf, dass bisher immer in der Gemeindeverwaltung der Grundsatz der Selbstkostendeckung bei den Unternehmungen bestanden habe und dass die Angehörigen ihrer Genossenschaften bisher immer wesentliche Begünstigungen bei den Preisen der städtischen Gas- und Elektrizitätswerke gehabt hätten. Die Abschaffung dieser Begünstigungen, verbunden mit der allgemeinen Erhöhung der Tarife, bedeute für das Gast- und Schankgewerbe eine unerträgliche Belastung, weshalb sie im letzten Augenblick noch einmal im Sinne der Beibehaltung dieser Begünstigungen, und zwar zur Gänze oder wenigstens doch zum Teil, an die Gemeindeverwaltung appellieren.

Bürgermeister S e i t z erklärte, dass die derzeitige Gemeindeverwaltung als erste den Grundsatz der Selbstkostendeckung bei den städtischen Unternehmungen eingeführt habe und dass in den letzten vierzehn Jahren auch tatsächlich die Tarife für Gas, elektrischen Strom und Strassenbahn immer so erstellt worden seien, wie sie den Selbstkosten entsprechen, dass die Gemeinde also als Eigentümerin und Firmenträgerin diverser Unternehmungen keinen Gewinn erzielt habe. Nunmehr sei die Stadt Wien zu schweren finanziellen Opfern im Betrage von mehr als 100 Millionen Schilling im Jahre 1933 gezwungen worden, sodass sie genötigt sei, ihre Sachausgaben auf das allerdürftigste einzuschränken, die Bezüge der Angestellten stark zu vermindern und die Tarife so zu erstellen, dass die Unternehmungen auch einen Ertrag abliefern. Das sei kein Verzicht auf den Grundsatz der Selbstkostendeckung; vielmehr werde die derzeitige Gemeindeverwaltung jederzeit auf diese Mehreinnahmen verzichten, wenn ihr die in den Verträgen und den geltenden Gesetzen normierten Einnahmen belassen bleiben und keine finanziellen Belastungen neuer Art auferlegt werden.

Die Vertreter der Gast- und Schankgewerbe genossenschaften erwiderten darauf, dass ihnen mit dieser Erklärung leider nicht gedient sei, dass sie vielmehr die Erhöhung der Tarife für untragbar halten und die Leitungen der Unternehmungen dringend ersuchen müssen, mindestens die ihren Gewerben bisher zuteil gewordenen Nachlässe ganz oder wenigstens teilweise auch weiterhin zu gewähren.

Der Bürgermeister erklärte darauf, dass ihm nichts peinlicher sei als diese Verfügungen, dass die Gemeindeverwaltung jedoch mit eiserner Notwendigkeit gezwungen sei, solche Massnahmen als letzte Mittel zu ergreifen, wenn der Gemeindehaushalt wenigstens in eingeschränktem Umfang aufrechterhalten werden soll.

.....

# RATHAUSKORRESPONDENZ

XV. Blatt

Herausgeber und verantwortl. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am .....

Abg. Kunschak beschäftigt sich mit den Ausführungen des Finanzreferenten, insbesondere mit dem Hinweis des Finanzreferenten darauf, dass Wien seit der Trennung vom Lande Niederösterreich eine Reihe von Agenden als Land übernehmen musste und dass nur deshalb die Ausgaben-summe, die Wien heute hat, grösser sei als im Jahre 1913. Die Behauptung des St. R. Danneberg ist unzutreffend, da die Wiener Landesverwaltung identisch mit der Gemeindeverwaltung ist. Die Landesverwaltung wird nur markiert. Ausserdem muss berücksichtigt werden, dass Wien an der Abgabenteilung nur deshalb partizipiert, weil es Land ist, was im Jahr 1913 nicht der Fall war. Wenn man sich heute mit diesem Argument beschäftigt, muss man auch auf die Argumente zurückkommen, die die Herren der heutigen Mehrheit seinerzeit gebraucht haben, als Wien noch mit dem Land Niederösterreich zu einer Landeshoheit vereinigt war, und als Sie das Bedürfnis gehabt, diesem Zustand ein Ende zu machen. Damals haben Sie den Wienern die Lostrennung vom Land Niederösterreich mit der Behauptung schmackhafter zu machen versucht, dass die ganzen Kosten der Verwaltung des Landes Niederösterreich zu 82 Prozent mit Wiener Steuergeldern bestritten werden und dass daher die Löslösung vom Lande Niederösterreich den Wiener Steuerträgern eine überaus fühlbare Entlastung bringen werden. Heute möchten Sie die Sache umgekehrt darstellen. Ihr Argument geht ganz daneben. Aber selbst wenn es zuträfe, unser Wunsch war die Erhebung der Stadt Wien zu einem Land durchaus nicht (Lebh. Beifall b. d. Chr. soz.) Wir haben damals alle Argumente dagegen springen lassen, um sie von der Loslösung des Landes Wien von Niederösterreich abzuhalten. Wenn Sie jetzt die Speiskarte durchgegessen haben und dabei finden, dass Sie sich dabei den Magen verdorben haben, machen Sie nicht uns dafür verantwortlich! (Lebh. Beifall b. d. Chr. soz. - Zwischenrufe). Der Finanzreferent hat auch darauf verwiesen, dass man bei der jetzigen Kritik die Wertveränderungen vergisst, die sich seit 1913 ergeben haben. Aber Sie dürfen uns nicht nur die passive Seite dieser Wertveränderungen aufzeigen, sondern auch die Aktivseite. Der Finanzreferent hätte sagen müssen, welche Entlastung das Gemeindebudget zum B. dadurch erfahren hat, dass durch die Inflation die ganzen <sup>städtischen</sup> Anleihewerte zerstört worden sind und dass aus dem Budget der Titel Zinsen- und Tilgungsdienst der städt. Anleihen fast ganz verschwunden ist. Man würde dann darauf kommen, dass die Beträge, die durch die Wertveränderungen gewonnen worden sind, viel grösser sind, als die damit verlorenen Beträge. Da <sup>haben</sup> z. B. auch die Kosten des Beitrags zur Erhaltung der Bundespolizei im Gemeindebudget noch von 1914 mehr als eine Million Goldkronen ausgemacht. Durch die Inflation ist daraus nicht einmal ein Betrag geworden, der eine respektable Weihnachtsgabe für einen Sicherheitswachmann wäre. Die Argumente des Finanzreferenten können vielleicht eine Versammlung blenden, für einen Landtag sind sie doch zu wenig.

Ob die Massnahmen der Regierung und in welcher Hinsicht sie anzufechten sind, das ist eine Angelegenheit, über die wir uns hier mit Ihnen nicht auseinandersetzen werden, das ist eine Angelegenheit, über die sich die Mehrheit mit der Regierung auseinandersetzen muss (Lebh. Zwischenrufe). Es ist sehr komisch, dass Sie sich jetzt auf einmal der Tatsache bewusst werden, dass wir auch Gemeinderäte der Stadt Wien sind. Wir sind Ihnen für diese Anerkennung unserer Stellung sehr dankbar, aber Sie kommen zu spät damit. Denn bis zum Eingreifen der Regierung hat man uns hier immer als quantite négligable behandelt. Sie haben das getan, was Ihnen recht war und jetzt möchten Sie uns ein Stückchen Verantwortung auferlegen.

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

XI. Blatt

Wien, am .....

(Lebh. Zwischenrufe). Wir entziehen uns gar nicht unserer Aufgaben und unserer Verpflichtung als Opposition gegenüber der Regierung und ihren Massnahmen. Wir haben sofort Veranlassung genommen, nicht etwa durch den Finanzreferenten, sondern durch das Präsidium unseres Klubs, bei der Regierung vorzusprechen (Lebh. Zwischenrufe. - GR. Thaller: Man hat ja nicht einmal empfangen! Ihr werdet ja auf die Seite geschoben) und wir haben der Regierung das gesagt, was wir für notwendig gehalten haben. Im übrigen haben wir auch keine Legitimation, dort etwa namens der Gemeinde vorzusprechen. Die Legitimation dazu ist dem Herrn Bürgermeister und dem Finanzreferenten, nicht uns gegeben. Es hat uns auch niemand von der Gemeinde auch nur entfernt eingeladen, hier eine Kompetenzteilung vorzunehmen. Sie wollen sich das allein machen, machen Sie sich das allein! Wir werden Sie daran nicht hindern; was wir zu sagen haben, werden wir uns mit der Regierung selbst ausmachen. Sie verlangen eine Ueberprüfung der Verordnung der Regierung. Wir gehen bei diesem Verlangen mit Ihnen in einer Linie. Auch wir können nur wünschen, dass die Regierung eine Ueberprüfung dieser Verordnung vornimmt. Dieses Verlangen haben wir aber schon sei nerzeit vorgebracht, worauf uns erklärt wurde, es finden ja Verhandlungen zwischen dem Finanzminister und dem Finanzreferenten von Wien statt. In diese Verhandlungen uns einzumengen, dazu haben wir kein Recht. Wir wissen nur von der Tatsache der Verhandlungen, uns bleibt nichts übrig, als zu warten, welches Ergebnis sie haben, und wir können nur wünschen, dass zwischen der Gemeinde und der Regierung eine Vereinbarung platzgreift, die ein erträgliches Verhältnis auf dem Gebiet der Gemeindefinanzen schafft. Wie Sie diese Frage betrachten, ersieht man auch aus Ihrem heutigen Vorgehen. Wir haben Ihnen, als Sie vor einigen Wochen den Landtag einberufen haben, um gegen Verordnungen der Regierung Stellung zu nehmen, in einer Zuschrift, die wir durch unser Fernbleiben von der Sitzung bekräftigt haben, genau gesagt, wie wir uns die Behandlung dieser das ganze Leben der Stadt aufs tiefste berührenden Frage denken und haben Ihnen erklärt, dass uns vorschwebt, hier müsste doch endlich einmal der Parteistandpunkt beiseite gelassen, es müsste auf dem Boden der Gemeindefinanzen versucht werden, zu einem gemeinsamen Vorgehen zu kommen. Wir haben Ihnen gesagt, dass es Ihre Pflicht gewesen wäre, den Finanzausschuss einzuberufen. Sie haben das nicht getan. Man konnte Ihnen zubilligen, dass Sie aus Ihrer alten Liebe und Gewohnheit heraus, von der Opposition keine Notiz zu nehmen, es auch hier wieder übersehen haben, zum Rechten zu greifen. Wie machen Sie es denn jetzt? Wir haben am Montag Finanzausschuss gehabt, die Gesetze sind uns vorgelegt worden, der Finanzreferent hat uns nicht einen Satz von den Dingen gesagt, die er uns heute sagt. Er hat auch nicht einmal eine Andeutung gemacht, dass dem Landtag eine Resolution unterbreitet werden soll. Heute erst kurz vor Eröffnung der Sitzung wurde uns mitgeteilt, der Abg. Nachtnobel werde die Resolution beantragen. Das ist eine Behandlung, die des Landtags unwürdig ist. Nicht der Herr Nachtnobel hat eine Resolution zu beantragen, sondern der Finanzausschuss. Ohne uns zu fragen und ohne uns etwas zu sagen, haben Sie Ihrer Parteikonferenz berichtet, den Finanzausschuss haben Sie in Ruhe gelassen. Hält man es parlamentarisch gesprochen, überhaupt für denkbar, dass eine Opposition, die nur etwas auf sich hält imtande ist, einer Resolution, bei der ein solcher Vorgang beobachtet wurde, zuzustimmen? Sie haben die Verwaltung nicht unter dem Gesichtspunkt des Interesses der Stadt und ihrer Bevölkerung, sondern unter strengster Einhaltung des Grundsatzes: zuerst die Partei geführt

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

XII. Blatt

Wien, am.....

(Lobh. Beifall).

Was sich heute tut, kann man ja in vielen Punkten kritisieren und man wird mit der Kritik reussieren. Aber auch das, was sich jetzt tut, können Sie nicht aus dem Zusammenhang einer 14-jährigen sozialdemokratischen Verwaltung herausreissen. Die heutigen Zustände kann man nicht isoliert betrachten. Wir haben Sie oft vor der Politik, die Sie hier getrieben, insbesondere auch vor der Finanzpolitik gewarnt, wir haben Ihnen oft Anträge unterbreitet, die nicht vom Standpunkt einer faktischen Opposition gestellt wurden, sondern aus dem Bewusstsein hier mitarbeiten zu wollen an der gedächlichen Entwicklung der Stadt. Sie haben sich um alle diese Dinge keinen Pfifferling gekümmert, Sie sind Ihren Weg nicht nur starrsinnig, sondern mit Scheuklappen gegangen ohne Rücksicht darauf, was dabei herauskommt. Nun stellt sich heraus, dass die Kuh, die die Milch liefert abgemolken ist, dass diese Kuh heute, weil man sie nicht genügend gefüttert und sie übermelkt hat, im Zustand förmlich des Verendens ist, den Zustand, in dem sich das Wiener Wirtschaftsleben heute befindet und an dem gemessen, jede auch die geringste Erhöhung der Belastung der Bevölkerung gerade zu als eine Katastrophe erscheint, haben Sie und zwar mutwillig herbeigeführt, bloss, weil unter den amtsführenden Stadträten ein edler Wettfeind bestanden hat, der Nachwelt zu beweisen, wer der Gescheitere unter Ihnen war. Dieser durchaus nicht edle Wettbewerb, dieses eitle Prätentum hat dazu geführt, dass der Steueraufwand so unerhöht gross geworden ist, dass er über die Grenzen der Leistungsfähigkeit der Bevölkerung weit hinaus geht. Heute ist es so, dass es in der Gemeinde keine Reserven gibt, keine in den Klassen, keine innerhalb der Steuerquelle, und keine im Wirtschaftsleben. Sie haben Ihre Gemeindeverwaltung geführt einseitig und rücksichtslos gegenüber der Opposition. Sie haben sie geführt ausschliesslich nach den Grundsätzen Ihrer Parteianschauungen und nach den Interessen und Beürfnissen Ihrer Wahlagitation und Ihrer Wahlpolitik. Sondern wir auch in diesem eranteten Augenblick, in dem sich die Gemeinde Wien und noch mehr die Bevölkerung von Wien befindet, Ihnen sagen, Sie haben sich diese Suppe eingebrockt, essen Sie sich jetzt diese Suppe auf! (Lobh. Beifall b. d. Chr. soz.-Zwischenrufe)

GR. Dr. Kotzauer (vrb. soz.) bemerkt, die Mehrheit mache für das vorliegende Gesetz wie für alle Massnahmen, die eine Belastung der Wiener Bevölkerung bedeuten, den Bund verantwortlich. Es soll nicht geleugnet werden, dass die Massnahmen, die die Bundesregierung getroffen hat, die finanzielle Lage der Stadt Wien beeinträchtigt haben und ihr Budget in Unordnung bringen mussten. Der Redner könne mangels der Unterlagen nicht beurteilen, ob diese Massnahmen notwendig waren oder nicht. Das eine ist aber sicher, wenn die Regierung Dollfuss diese Massnahmen getroffen hat, hat sie sich zweifellos dabei etwas gedacht und das eine muss man sagen, zur Bundesregierung, zur Regierung Dollfuss kann jeder objektiv denkende Mensch voll und ganz Vertrauen haben. Die Verfügungen, die getroffen wurden, ergeben sich vermutlich aus der finanziellen und wirtschaftlichen Situation des Bundes, die auch für die Stadt Wien nicht gleichgültig sein kann. Der Bund hat heute viel höhere Geldbedürfnisse als früher schon mit Rücksicht auf die ganz aussergewöhnlichen Verhältnisse, in denen wir uns befinden. Er ist genötigt das Geld zu nehmen, wo er es am leichtesten findet. Sie sagen immer, der Bund solle die Steuererhöhung, die Sie heute vorhaben, selbst durchführen und nicht die Gemeinde damit beauftragen. Der Bund hat die Gemeinde nicht beauftragt, Steuererhöhungen durch-

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

XIII. Blatt

Wien, am.....

zuführen. Der Bund steht auf dem Standpunkt, dass die Gemeinde die ihr auferlegten Lasten auch ohne Steuererhöhung tragen kann, ja im Gegenteil der Bund geht davon aus, dass auch der Privatwirtschaft in weitem Masse geholfen werden muss. Er ist sich seiner Verantwortung soweit bewusst, dass er entschlossen ist, die etwa aus Unverständnis oder aus bolschewistischer Neigung beabsichtigten Massnahmen zu verhindern (Lebh. Zwischenrufe). Die Gemeinde kann die ihr auferlegten Belastungen tragen, wenn sie die nötigen Ersparungen vornimmt. Gerade in der heutigen Zeit darf man nicht auf dem Standpunkt stehen, ein in Unordnung gebrachtes Budget könne nur durch Einnahmeerhöhungen in Ordnung gebracht werden, heute muss man Ersparungen machen. Wir haben Ihnen ja wiederholt Ersparungsmöglichkeiten aufgezeigt. Die Steuerquellen sind schon längst versiegt oder zumindest sehr spärlich geworden. Bei der heutigen Lage der Wirtschaft dürfen nicht Steuererhöhungen, sondern müssen Steuererleichterungen verfügt werden. Der Redner befasst sich sodann im Einzelnen mit dem vorliegenden Gesetz.

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

XIV. Blatt

Wien, am \_\_\_\_\_

Es ist geradezu unfassbar, dass ~~Indemveraltung in~~ in einer Zeit, wo in allen Staaten, sogar im nationalsozialistischen Deutschland, die Grund- und Bodenabgaben ermässigt werden, in Wien eine wertzestörende und für das Grundstück- und Hypothekarwesen ruinöse Steuererhöhung eintreten soll. Nur mit Mühe kann der Hausbesitzer heute den Bestand des Hauses aufrechterhalten. Er muss nicht nur für die Erhaltung des Hauses Sorge tragen, sondern auch für die Kredite, die auf den Häusern liegen, den Zinsendienst bestreiten. Sämtliche Wiener Häuser hatten eine Vorkriegsmiete von rund 460 Millionen Kronen. Auf Basis der fünffachen Vorkriegsmiete repräsentieren sämtliche Wiener Häuser einen Marktwert von rund 2300 Millionen Schilling. Wenn nur eine 10 prozentige Abwertung des Hauspreises eintritt, so bedeutet dies eine Verringerung des Volksvermögens von 230 Millionen Schilling. Jede Verminderung des Wertes der Häuser bedeutet aber naturgemäss eine Verringerung der Kreditbasis, eine Beeinträchtigung der Produktion und damit eine Schädigung des Geschäftsmannes, des Angestellten und Arbeiters und im Gefolge davon eine Verminderung der Steuern und Abgaben. Die Sozialdemokraten dürfen sich nicht wundern, wenn die Bevölkerung endlich aufwacht und wenn immer mehr die Fenster dieses Hauses von dem Ruf der Wiener Bevölkerung erzittern: Hinweg mit der roten Wirtschaft im Wiener Rathaus! ( Beifall bei den Christl. soz. - Zwischenrufe bei den Soz. dem. )

Abg. Schiener ( christl. soz. ) führt aus, dass wenn sich die Sozialdemokratie Wiens zu irgend einer Aktion aufrafft, diese sich unweigerlich gegen den Realbesitz richtet. Der Marxismus scheint eben überzeugt zu sein, dass er auf diesem Gebiete mit dem grössten Widerstand zu rechnen hat. Doch durch die jahrelange Zwangsbewirtschaftung in seinem Wert gänzlich dezimierte Wiener Haus- und Grundbesitz soll nach den Plänen der Sozialdemokraten eine neue untragbare Belastung auf sich nehmen die jede Hoffnung auf einen Wiederaufbau des österreichischen Realvermögens zu zerstören droht. Glücklicherweise sind die Zeiten vorüber, wo der Marxismus der unumschränkte Herr in diesem Staate war. Jetzt regieren wirtschaftliche Vernunft und die Sorge um die Wohlfahrt des Vaterlandes. Deshalb wird die Bundesregierung unzweifelhaft wissen, was sie zu tun hat, um Wiens Bevölkerung vor diesem Attentat des sterbenden Marxismus zu retten. ( Beifall bei den Christl. soz. )

St. Dr. Danneberg polemisiert in seinem Schlusswort gegen die Ausführungen des Abg. Kunschak und bemerkt unter anderem: Der Abg. Kunschak hat zugegeben, dass die jetzige Lage schwierig ist und die Regierung eine Ueberprüfung ihrer Verordnungen vornehmen müsste, er hat aber gemeint, dass möge sich die Mehrheit mit der Bundesregierung ausmachen. Die Mehrheit trägt ihre Verantwortung, aber es wäre falsch zu meinen, dass die Christlichsoziale Wiener Partei keine Verantwortung trage. Es ist ja ihre eigene Regierung, die diese Massnahmen über die Wiener Bevölkerung verhängt hat, und der Tag wird kommen, an dem auch die Wiener christlichsoziale Partei vor der Bevölkerung Wiens diese Massnahmen zu verantworten haben wird. Dass der Redner von Zeit zu Zeit den Vertrauensmännern seiner Partei einen Bericht über die Finanzlage der Gemeinde erstattet, sei selbstverständlich, denn er sei kein Autoritäten, sondern ein wirklicher Demokrat. Die wirkliche Demokratie setzt sich mit den Problemen in der weitesten Öffentlichkeit auseinander, die autoritäre

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

XV. Blatt

Wien, am \_\_\_\_\_

Demokratie wirft sie der Bevölkerung gelöst an den Kopf. Die Bundesregierung hat in den letzten zwei Jahren 200 Millionen neue Steuern eingehoben, man hat aber nicht gehört, dass die selbsten Kreise, die jetzt ununterbrochen protestieren, gegen den christlich/sozialen Finanzminister und die christlichsoziale Regierung so viele Protestversammlungen veranstaltet hätten. Gegenüber den Abg. Dr. Kotzaurek und Schiener bemerkt der Berichterstatter, dass natürlich jede Besteuerung für das Steuerobjekt eine Belastung bedeutet, es konnte aber nicht bewiesen werden, dass diese Belastung untragbar wäre. Die Gemeinde besitzt in Wien 511 alte Häuser und verwaltet 75 Stiftungshäuser, sie weiss daher sehr genau Bescheid über die Rentabilität <sup>des</sup> ~~über die~~ Hausbesitzes in den einzelnen Wiener Bezirken. In Berlin bestand bis vor kurzem eine Grundvermögenssteuer für den Hausbesitz, die 20 Prozent des Mietzinses ohne Rücksicht auf die Leerstehungen bestragen hat. Das ist bei ~~Weitem~~ nicht vergleichbar mit dem, was die in Rede stehende Steuer bedeutet, die überdies gerade in dieser Novelle auf die Leerstehungen Rücksicht nimmt. Darum bittet der Berichterstatter um Annahme des Gesetzes.

Bei der Abstimmung wird die Vorlage in erster und zweiter Lesung angenommen, desgleichen der Resolutionsantrag Nachtnobel und Genossen.

Es folgt nun die Verhandlung über die Novellierung der Nahrungs- und Genussmittelabgabe.

Berichterstatter Dr. Dameberg weist darauf hin, dass der Verfassungsgerichtshof im Jahre 1930 diese Steuer, soweit sie keine Steuer auf Luxuslokale war, als gleichartig mit der Warenumsatzsteuer bezeichnet und daher ihre Einhebung als unzulässig erklärt hat. Durch Bundesgesetz vom Jahre 1931 wurde das Land Wien ermächtigt, diese Steuer einzuheben. Das war ein Bestandteil eines für 5 Jahre abgeschlossenen Vertrages. Nun hat die Regierung diesen Vertrag einseitig ausser Kraft gesetzt, das Bundesermächtigungsgesetz aufgehoben und einen Satz hinzugefügt, dass nunmehr die weitere Einhebung der Nahrungs- und Genussmittelabgabe in Wien unzulässig ist. In Salzburg und in Tirol besteht ein Getreideaufschlag, eine Steuer auf Brot und Mehl, die haargenau eine Warenumsatzsteuer ist. Ihre Einhebung ist nicht unzulässig, im Gegenteil, diese Steuer ist in Salzburg heuer sogar noch erhöht worden. Ob die Einhebung dieser Steuer unzulässig ist, darüber kann die Bundesregierung nur eine Meinung aussprechen, entscheiden kann dies nur der Verfassungsgerichtshof. Der Berichterstatter möchte aber diese Frage doch nicht überspitzen, daher enthalte der Gesetzentwurf nur die Bestimmung, dass die Steuer, soweit sie ~~die~~ Luxussteuer ist, weiter eingehoben werden soll. Er könne nicht klauen, dass es die Meinung der Regierung sei, dass auch von den <sup>Nacht-</sup>lokalen die dort bisher eingehobene Steuer nicht weiter eingehoben werden soll, und darum bitte er um Annahme des Gesetzes.

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

XVI. Blatt

Wien, am.....

Abg. Kunschak verweist darauf, dass die christlichsoziale Gemeinderatsfraktion wiederholt die Beseitigung der Nahrungs- oder Genussmittelabgabe verlangt hat. Jetzt ist sie durch die Notverordnung der Regierung beseitigt worden, aber es wird versucht, die Abgabe wieder lebendig zu machen, soweit sie Nachtlokale, Bars, Kabaretten, Varietes, Likör- und Frühstückstuben betrifft. Dagegen erheben wir keine Einwendung, und zwar aus der nüchternen Erwägung heraus, dass in der heutigen Zeit Menschen, die Nachtlokale und ähnliche Lokale besuchen, zu einer separaten Steuer verhalten werden sollen. Wir sind aber gegen die Abgabe dort, wo es sich nicht um wirklichen Luxus handelt und wo von der Abgabe einfache und bescheidene Leute erfasst werden. Der Redner beantragt die Abgabe nur auf Nachtlokale, Bars, Kabaretten, Varietes, Likör- und Frühstückstuben zu beschränken und alle anderen Betriebe zu streichen.

In seinem Schlusswort verwarft sich der Referent dagegen, dass der Mehrheit Mangel an sozialem Empfinden vorgeworfen werde. Früher musste der Arbeiter 12 Goldkronen an Hauszinssteuer zahlen, heute zahlt er bloß 90 Groschen Wohnbausteuer, und wenn er einem Vergnügen nachgeht, eine kleine Steuer. Was das heisst, verstehen die Arbeiter sehr genau.

Der Antrag Kunschak wird abgelehnt und das Gesetz in erster und zweiter Lesung beschlossen.

Abg. Dr. Danneberg berichtet nun über die Aenderung des Lustbarkeitsabgabengesetzes bezüglich der Verwendung von Steuerkarten. Er erklärt, die Vorlage ist auf Vereinbarung mit den Interessenten abgestellt und bei der Verwendung der Steuerkarten hört die Nachfolgerhaftung auf.

Abg. Biber erklärt, seine Partei ist mit der Vorlage einverstanden; es bestehen jedoch Bedenken, ob nicht doch eine Erhöhung der Abgabe eintreten werde, weshalb er beantragt, die Höhe der Abgabe im Einvernehmen mit den betreffenden Genossenschaften oder Körperschaften festzusetzen. Ein weiterer Antrag des Redners verlangt, dass der den ausgefolgten Steuerkarten entsprechende Steuerbetrag nicht, wie es in der Vorlage heisst, bei festgestelltem Zahlungssäumnis, schon bei der Behebung zu entrichten ist, sondern erst nach drei unmittelbar aufeinanderfolgenden Fällen von Zahlungssäumnis.

Abg. Nachtnebel beantragt, in das Gesetz statt "festgestellter Zahlungssäumnis", "wiederholter Zahlungssäumnis" aufzunehmen.

Nach dem Schlusswort des Referenten werden die Anträge Biber abgelehnt, der Antrag Nachtnebel angenommen und die Vorlage in erster und zweiter Lesung beschlossen.

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

XVII. Blatt

Wien, am .....

Die Novelle zu dem Gesetz betreffend die Einhebung einer Pferdeabgabe wird nach dem Referat des St.R.Dr. Danneberg in erster und zweiter Lesung zum Beschluss erhoben.

St.R.Dr. Danneberg referiert sodann über die Novelle zu dem Gesetz betreffend die Einhebung einer Abgabe vom Verbrauch von Gas und elektrischem Strom. Er führt aus, diese Steuer, die seit 12 Jahren besteht, hat bisher eine Zweckbestimmung gehabt, mit Rücksicht auf die Finanzlage der Gemeinde Wien ist es wohl nicht mehr gerechtfertigt, diese Zweckbestimmung aufrechtzuerhalten und es erscheint notwendig, den Ertrag dieser Steuer, der noch immer gegen 4 Millionen ausmacht, für die eigenen Gemeindezwecke zu verwenden. Daher wird die Streichung der Zweckbestimmung beantragt.

Abg. Kunschak bemerkt, die Wasserkraftabgabe sei von der chr. soz. Partei stets bekämpft worden, insbesondere aber von dem Zeitpunkt an, wo ihre Zweckbestimmung aufgehört hat. Die Abgabe wurde geschaffen zur Errichtung von Wasserkraftwerken. Nach der Vollendung der Bauten im Ybbstal hat der damalige Finanzreferent erklärt, die Gemeinde denke selbstverständlich nicht daran, in Zukunft noch Wasserkraftanlagen zu bauen. Damit ist der Sinn dieser Steuer verlorengegangen, und sie hat ihre Existenzberechtigung eingebüßt. Heute will der Finanzreferent aus dieser Steuer zum Zwecke der Erbauung von Wasserkraftwerken durch Eliminierung der Zweckbestimmung eine normale Gemeindesteuer machen. Wir können auch heute nur unserem bisher eingenommenen Standpunkt treu bleiben, dass wir die Steuer ablehnen, da ihr Zweck nicht mehr gegeben ist, und werden daher dem Gesetze nicht zustimmen.

St.R.Dr. Danneberg bemerkt dem gegenüber, dass die Gemeinde auf diese Einnahmen nicht verzichten könne und dass die Besteuerung von Gas und elektrischem Strom, die im Wiener Wasserkraftabgabengesetz enthalten ist, weitaus geringer ist als die Besteuerung die in den anderen Bundesländern für Gas und Strom besteht.

Das Gesetz wird in erster und zweiter Lesung angenommen.

Hierauf wird nach dem Referate des Abg. Weigl die Novelle zu dem Gesetz über die Beteiligung des Landes Wien an der Förderung der österreichischen Ausfuhr nach der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken in erster und zweiter Lesung angenommen. Damit ist die Tagesordnung des Landtags erledigt.

Schluss der Sitzung 2o Uhr 2o.

-----

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

272

Wien, am 22. Sept., ber. 1933.

W i e n e r G e m e i n d e r a t

Sitzung vom 22. September 1933.

Bürgermeister Seitz eröffnet die Sitzung um 20 Uhr 25.

Zu Beginn der Sitzung hält Bürgermeister Seitz dem verstorbenen Chef des gemeinderätlichen Stenographenbüros, Direktionsrat Hirth einen warmempfundenen Nachruf.

Es wird in die Tagesordnung eingegangen. Ohne Debatte werden genehmigt der Entwurf für eine neue Hauptschule, XIII., Veitingergasse (voraussichtliche Kosten S 1,210.000) ferner Grundtauschaktionen der Gemeinde und eine Reihe von Flächenwidmungs- und Bebauungsplänen.

Vizebgm. Emmerling referiert über die Abänderung der Tarifbestimmungen der städtischen Gas- und der städtischen E. Werke. Er verweist darauf, dass die Gemeindeverwaltung, seitdem die Sozialdemokraten die Mehrheit haben, die Tarife aller Unternehmungen auf der Basis der Selbstkostendeckung erstellt hat. Sie hat sich bemüht, auf dieser Basis zu verbleiben, obwohl sich im Laufe der vielen Jahre die Ausgaben für die wichtigsten Bedarfsmittel, für Kohle usw. wesentlich gesteigert haben, obwohl auch die Löhne und Gehälter gestiegen sind. Den städt. Gaswerken wurden durch die Krisensteuer, durch die Erhöhung der Warenumsatzsteuer, durch die Erhöhung der Fracht- und Nebengebühren auf den Bahnen, durch die Erhöhung der Beiträge zum Bergbaufürsorgefonds, durch die Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung allein Mehrausgaben von 4'5 Millionen auferlegt, den E. Werken durch ähnliche Massnahmen über 1 Million. Beide Unternehmungen waren aber durch technische Verbesserungen imstande, das wettzumachen, was ihnen an Mehrausgaben im Betrieb verursacht wurde. Und <sup>haben</sup> die Tarife nicht erhöht. Welch ausserordentlichen Vorteil die Bevölkerung davon gehabt hat, kann man am besten daran ermessen, dass auch heute noch nach den Tarifierhöhungen sich der Strompreis mit dem Strompreis in allen anderen österreichischen Städten messen kann. Nunmehr sind wir zu einer Erhöhung der Tarife gezwungen. Es wird uns zum Vorwurf gemacht, dass wir das tun, obwohl beide Werke kein Defizit haben. Hier sei daran erinnert, dass beide Unternehmungen unter den früheren Verwaltung bedeutende Beiträge an die Hochheitsverwaltung abführen mussten, so z. B. das Gaswerk bis zum Jahre 1914 nicht weniger als 45'8 Millionen. Schliesslich sind die Unternehmungen ein Bestandteil der Stadt und so wollen auch sie ihren Teil zu den Sorgen, die die Hochheitsverwaltung hat, beitragen. Es wird mir, schliesst Vizebgm. Emmerling gewiss nicht leicht, diese Anträge zu vertreten, aber wir sind gezwungen, sie zu stellen, um den Gemeindehaushalt in Ordnung zu bringen.

St-Rtin. Dr. Alma Motzko ( christl. soz. ) bezeichnet die Erhöhung der Gas- und Strompreise als ganz unbegründet, denn es handelt sich nicht darum, ein Defizit dieser Unternehmungen zu decken. Namentlich die Gaswerke waren hoch aktiv, was sich schon daraus ergibt, dass über 30 Millionen Schilling Reserven diesen Werken entnommen wurden. Die vorgeschlagene Erhöhung geht hart an jene Grenze, die der anständige Kaufmann meidet, und steht im Widerspruch mit der wirtschaftlichen Moral im öffentlichen Leben. Sie ist eine untragbare Belastung der Wirtschaft und der Konsumentenschaft. Die von den Sozialdemokraten so verketzerte

# RATHAUSKORRESPONDENZ

II. Blatt

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am \_\_\_\_\_

Bundesregierung bemüht sich, durch Herabsetzung des Zinsfusses, Arbeitsbeschaffung und dergl. der Wirtschaft aufzuhelfen, die sozialdemokratische Gemeindeverwaltung nimmt aber mit einem Federstrich der Wirtschaft diese letzte Ankurbelungsmöglichkeit. Schon aus diesem Grunde verdient diese Vorlage die schärfste Ablehnung. Aber auch im Namen der Wiener Haushaltungen muss gegen diesen Raubzug auf die Konsumenten der Gas- und Elektrizitätswerke schärfste Verwahrung eingelegt werden. Der Sinn der Monopolstellung, in welche diese beiden Unternehmungen durch die christlichsoziale Verwaltung gebracht wurden, war nur der, dass die Bevölkerung vor einer unbilligen Ueberteuering geschützt werde. die Sozialdemokraten kehren den Sinn dieser Monopol-schöpfungen völlig ins Gegenteil um.

Im Allgemeinen gilt aber auch für diese Vorlagen der Standpunkt, den St.R.Kunschak schon in seiner Landtagsrede gekennzeichnet hat. Die Sozialdemokraten haben hunderte Millionen von anvertrauten Steuergeldern in unverantwortlicher Weise hinausgepulvert, ohne die christlichsoziale Minderheit zu fragen. Sie haben die Beamtenschaft der Gemeinde Wien aufgefüllt, nicht durch die christliche und bodenständige Bevölkerung, sondern durch die Liebhaber der Partei, die sie in den städtischen Dienst hereingeholt haben, nachdem der Wiener Boden unter ihren Sohlen kaum warm geworden war. In der Zeit von 1926 bis 1932 hat sich der Gesamtstand der städtischen Angestellten und Bediensteten von 56.000 auf 67.700 erhöht. Für alle diese Dinge haben die Sozialdemokraten ganz allein die Verantwortung zu tragen. Die Erscheinungen der letzten Zeit haben gezeigt, dass sie sich nicht mehr auf die grosse Zahl von Parteizugehörigen und Parteifreunden berufen können. (Lebhafte Rufe bei den Spz. dem.: Machen Sie doch Neuwahlen!) Die Abnahme um 120.000 Stimmen ist eine deutliche Absage an ihr System und ein deutliches Bekenntnis zu einer starken Staatsautorität (Gelächter und Zwischenrufe bei den Soz. dem.), die auch die anderen Gebietskörperschaften einordnet in die Staatsidee. Weil wir überzeugt sind, dass die gegenwärtige Staatsautorität den Dienst am Volke am höchsten stellt, erwarten wir zuversichtlich von dieser Staatsautorität, dass sie auch die Wiener Bevölkerung vor diesem neuerlichen Raubattentat auf ihre Taschen schützen und diese unerhörte neue Belastung abwehren wird. (Lebhafte Beifall bei den Christl. soz.)

GR. Uebelhör (chr. soz.) nimmt zu den Anträgen Stellung namens der Handels und Gewerbetreibenden, die in ausserordentlich empfindlicher Weise getroffen werden. In einer Zeit, da die Wirtschaft so darniederliegt und die Belastung der Wirtschaftskreise so hoch ist, ist es geradezu ein Verbrechen Erhöhungen der Gas- und Strompreise um 20 bis 25 % vorzunehmen. Dazu kommt noch, dass die Vorlagen die Begünstigungen des Licht- und Strompreises für Gast- und Kaffeehäuser, die bisher 50 % betragen hat, vorstehen.

Die Auswirkung dieser Preiserhöhungen auf die Bevölkerung kann man ermessen, wenn man bedenkt, dass es in Wien fast 700.000 Wohnungen mit elektrischen und fast 600.000 Wohnungen mit Gasanschluss gibt. Es ist eine Belastung, die durchgreifend die ganze Bevölkerung trifft. Die Auswirkung der Gas- und Strompreise auf die Geschäfte lässt sich an dem ausserordentlich grossen Konsum für die Innenbeleuchtung für die Aussenbeleuchtung und für die Reklame beurteilen. Dazu tritt die Erhöhung vor Beginn des Winters ein, wo diese Ausgabenposten eine ausserordentliche Steigerung erfahren. Die Folge wird eine allgemeine Einschränkung sein.

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

III. Blatt

Wien, am \_\_\_\_\_

Man gebe sich aber keiner Täuschung über den Erfolg der Preiserhöhungen hin. Man erwartet sich davon einen Mehrertrag von 15 Millionen. Das sind ungefähr 9 % der Gesamteinnahmen aus den Tarifen der städt. Gas- und E. Werke. Den Geschäftsleuten wird es ein Leichtes sein, diese 9 % an der Beleuchtung und Beheizung zu ersparen, gar nicht <sup>m</sup> reden von den Haushalten, wo die weitestgehenden Ersparungen gemacht werden. Man begeht hier denselben Fehler wie schon so oft, die Steuer zu überspitzen und erreicht nur das Gegenteil von dem, was man erreichen wollte. Als Entschuldigung für die Erhöhung bringt man Vergleiche mit den Tarifen in anderen Städten. Man kann doch die Gaserzeugung z. B. in Baden oder Kroms nicht mit der Gas-erzeugung in einem so grossen Werk wie Wien vergleichen. Zu all dem kommt noch die katastrophale Auswirkung der Grundgebühr dazu, durch die die Kosten des Stroms oft um 50 bis 100 Prozent erhöht werden. Der Referent hat zugestanden, dass die soz. dem. Verwaltung nunmehr von ihrem Grundsatz der Selbstkostendeckung abgegangen ist. Auch hier wie sonst nehmen Sie es mit der Verwendung von Zwecksteuern nicht sehr genau. Sie haben ja auch durch Jahre auf die Wohnhausbauten die Faustdicke Lüge geschrieben: erbaut aus der Wohnbausteuer der Gemeinde. Den Sturm der Entrüstung und des Protestes, der durch die Reihen der erworbenen Stände gegangen ist, konnte die Mehrheit hören und dieser Sturm wird nicht ungehört verhallen. Die Mehrheit kann es nicht auf sich nehmen, gerade in der jetzigen Zeit die Wirtschaft so zu belasten. Wir werden zu der Tarifierhöhung selbst keine Anträge stellen da das ja zwecklos wäre. Sie betrachten Gemeinderat ja nur als Formsache. Dagegen stellen wir Anträge zu einer verfassungsrechtlichen Frage. Sie schlagen auch die Aenderung vor, dass <sup>der Stadtsenat ermächtigt werden soll</sup> in Zukunft etwaige weitere Abänderungen der allgemeinen Bedingungen für den Gas- und Strombezug

zu beschliessen. Das widerspricht ausdrücklich der Gemeindeverfassung, in deren § 74 die Beschlussfassung über die Tarife dem Gemeinderat vorbehalten ist. Der Redner beantragt demgemäss, in dieser Beziehung den früheren Zustand wieder herzustellen, wonach der Gemeinderat Abänderungen der allgemeinen Bedingungen für den Gas- und Strombezug zu beschliessen hat. Die <sup>der Stadtsenat</sup> Anträge sind wieder ein Beweis dafür, wie wenig der Gemeinderat der Mehrheit wert ist. Den Anträgen können wir wegen ihrer katastrophalen Auswirkung auf die ganze Wirtschaft und die ganze Bevölkerung nicht zustimmen (Lebh. Beifall b. d. Chr. soz.)

G. L. Zörnlaib (christl. soz.) bemerkt, es sei sehr traurig und für die Mehrheit sehr beschämend, dass gerade eine sozialdemokratische Gemeinderatsmehrheit in einer Zeit schwerster Not es für angezeigt hält, der Bevölkerung Wiens durch die vorgeschlagenen Massnahmen die Lebensnotwendigkeiten zu verteuern. Die Christlichsozialen sind gegen die Anträge, weil sie sich von ihnen keinen Erfolg versprechen. <sup>in dieser Stadt</sup> Der primitive Grund der Volkswirtschaftslehre besteht darin, dass erhöhte Preise den Konsum verringern, sodass die erhofften 15 Millionen Schilling nicht werden erreicht werden. Die Belastung ist auch nicht tragbar, denn es gibt keine Reserven mehr für eine höhere Deckung von Lebensnotwendigkeiten. Die Anträge sind aber auch verfrüht, denn es sind dem Finanzreferenten Verhandlungen mit dem Finanzminister in Aussicht gestellt worden, deren Ergebnis heute noch unbekannt ist.

# RATHAUSKORRESPONDENZ

IV. Blatt

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am .....

Wenn die Sozialdemokraten sich über den Autoritätswahn beklagen, so widerfährt ihnen kein anderes Schicksal als das, das sie uns haben zuteil werden lassen. Die Minorität müsste sich als Verräter gegenüber dem Volke betrachten, wenn sie diesen Anträgen zustimmen würde. ( Beifall bei den Christl. soz. )

Berichterstatter Vizebürgermeister Emmerling weist in -- --  
Ergänzung seiner einleitenden Ausführungen in seinem Schlusswort darauf hin, dass die Gas- und Elektrizitätspreise in Wien niedriger sind als selbst in jenen Grosstädten, die im Kohlengebiete liegen. In Berlin kostet eine Kilowattstunde 96, in München 122, in Prag 79 1/2 Groschen, bei uns nach der Erhöhung 70 Groschen. Unter der christlichsozialen Verwaltung in Wien waren die Gas- und Elektrizitätspreise ebenfalls viel höher. Die Christlichsozialen haben in einer ausgeglichenen Wirtschaft für die Kilowattstunde 70 Heller, das sind mehr als 100 Groschen, für einen Kubikmeter Gas 24 1/2 Groschen verlangt. GR. Uebelhör hat sich über die Belastung des Handels- und Gewerbestandes beklagt, er hat aber übersehen, dass die Reklambeleuchtung, dass die Rabatte auf Gas und Strom und dass auch das Gas für rein gewerbliche Zwecke von den Erhöhungen unberührt bleibt, so dass der Schluss, wir seien gewerbefeindlich, gänzlich unberechtigt ist. Man sagt, wir haben den Gast- und Kaffeehäusern die Begünstigung weggenommen, wir waren es, die ihnen den Nachlass gegeben haben und nicht wir nehmen ihnen den Nachlass, sondern die Regierung nimmt ihn durch ihre Massnahmen (Lebh. Beifall b. d. Soz. dem.) Wenn erklärt wird, die in den Anträgen enthaltene Ermächtigung an den Stadtsenat sei Verfassungswidrig so sei darauf hingewiesen, dass der Stadtsenat dieses Recht durch Jahre ausgeübt hat. GR. Zörnlaib hat gemeint, höhere Preise geringere Umsätze. Er möge das dem Bund sagen, der/die Zollmassnahmen die Lebenshaltung der Bevölkerung immer weiter erschwert hat. Ich erkläre noch einmal, wenn der Bund alle Massnahmen gegen die Gemeinde Wien zurückzieht, ziehen wir auch unsere Tarife Anträge sofort zurück. (Lebh. Beifall b. d. Mehrheit, )

Die Anträge des Referenten werden unter Ablehnung der Anträge Uebelhör angenommen. (Lebh. Zwischenrufe).

GRtin Glöckel berichtet über die städt. Stipendien für Hoch- und Mittelschüler. Die Stipendien wurden im Jahre 1923 ins Leben gerufen und für Hochschüler mit 300 S, für Mittelschüler mit 180 S festgesetzt. Im Jahre 1926 wurden die Stipendien erhöht und zwar von 300 S auf 420 S und von 180 S auf 300 S. Mit Rücksicht auf die starke Verminderung der Einnahmen der Gemeinde Wien sollen die Stipendien wieder auf die im Jahre 1926 bestandenen Ansätze zurückgeführt werden.

GRtin Dr. Motzko (chr. soz.) erklärt, dass ihre Partei gegen die Vorlage stimmen werde, weil die Stipendien es in vielen Fällen der Jugend überhaupt ermöglichen, studieren zu können.

Die Vorlage wird angenommen.

Schluss der Sitzung 22 Uhr 05.

Bogenabfertigung 22 Uhr 15.

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

273

Wien, am 22. September 1933

## Prominente Fremde studieren das neue Wien.

In der letzten Zeit besichtigten anlässlich ihres Wiener Aufenthaltes der Präsident des Internationalen Institutes für Heimstätten und Arbeitergärten, Senator Minister a. D. Robert Thoumyre (Paris), der Präsident des Internationalen Siedlerkongresses Joseph Goemaere (Brüssel), das Mitglied des Luxemburgischen Abgeordnetenhauses Ferdinand Loesch (Luxemburg), das Mitglied des englischen Unterhauses für den Londoner Bezirk <sup>Bethnal-Green,</sup> Sir Percy A. Harris (London), das Mitglied der spanischen Cortes, Professor Amos Sabras (Madrid), Professor Dr. med. Romera (Cordoba) und Vicente Taberna von der spanischen Gesandtschaft in Wien, das Mitglied der französischen Deputiertenkammer und Obmann der Kommission für auswärtige Angelegenheiten, P. Vienot (Paris) der Direktor der Nationalbibliothek in Paris Jules Cain, Universitätsprofessor Louis Eisenmann (Paris), die französischen Schriftsteller Alfred Fabre-Luce und Jaques des Roches (Paris), die Organisatorin der amerikanischen Kinderfürsorge Mrs. Evelyn Salvage und deren Assistentin Miss Joan Dunhill (New York), der amerikanische Architekt Harrie T. Lindeberg (New York), der englische Architekt Edgar A. D. Tanner (London) und andere eine Reihe von städtischen Wohnhausbauten, Fürsorgeeinrichtungen, Bäder und Siedlungen. Ausserdem besuchte der New Yorker Stadtrat Paul Blanchard viele Einrichtungen des neuen Wien und holte insbesondere über das Wiener Steuersystem und über die Verwaltung der städtischen Unternehmungen eingehende Informationen ein. Die Witwe nach dem jüngst in Wien verstorbenen indischen Fürsten von Naham, Sir Amare Pascha, Maharadscha von Naham, stattete mit ihrer Begleitung dem städtischen Versorgungsheim in Mauerbach einen Besuch ab, wobei sie die Einrichtungen der Anstalt eingehend besichtigte. Die Gäste sprachen sich über das Gesehene in äusserst anerkennenden Worten aus.

.....

## Wiedersehensfeier der Lehrlingsfürsorge-Aktion.

Aus Anlass des fünfzehnjährigen Bestandes der Lehrlingsfürsorge-Aktion findet morgen, Sonntag, um halb 9 Uhr vormittags in Weigl's Dreherpark-Sommerarena, bei Schlechtwetter in sämtlichen Sälen eine Wiedersehensfeier statt. Die Festrede hält amtsführender Stadtrat Honay. Mitwirkende sind Burgschauspielerin Blanka Glossy, Burgschauspieler Richard Eybner, das Mandl-Quartett, das Störermühl-Orchester und eine österreichische Volkstanzgruppe.

.....

## Platzkonzert vor dem Rathaus.

Die bisher von der Gemeinde Wien veranstalteten Platzkonzerte vor dem Rathaus haben bei der Bevölkerung den besten Anklang gefunden. Leider musste das für letzten Donnerstag anberaumt gewesene Platzkonzert wegen Schlechtwetters abgesagt werden. Es findet übermorgen, Montag, um 16 Uhr statt. Eintritt frei.

.....

## Bezirksvertretung Neubau.

Die Bezirksvertretung Neubau tritt am kommenden Mittwoch um 18 Uhr zu einer Plenarsitzung zusammen.

.....

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

274

Wien, am 25. September 1933.

## Strassenbauarbeiten in Wien.

Der Gemeinderatsausschuss für technische Angelegenheiten hat in seiner letzten Sitzung die Durchführung einer Reihe von Strassenbauarbeiten in verschiedenen Wiener Bezirken beschlossen. In Mariahilf wird ein Teil der Linken Wienzeile, und zwar die Strecke zwischen Joaneligasse und Eggerthgasse, umgepflastert werden; die Strassenfläche erhält Würfelpflaster, dessen Fugen mit Pechmörtel vergossen werden. Die Durchführung dieser Arbeiten erfordern Kosten im Betrage von rund 22.000 Schilling. Vor einigen Wochen ist der Umbau der Troststrasse in Favoriten in der Strecke zwischen Neilreichgasse und Malbor gasse vom Gemeinderatsausschuss genehmigt worden. Nunmehr ist der Beschluss gefasst worden, die neue Kleinsteinpflasterfläche mit einem Kostenaufwand von 7.000 Schilling mit Kaltasphalt zu vergiessen. Die Edelsinnstrasse in Meidling ist nunmehr vollständig gepflastert und hat fast in ihrem ganzen Lauf Asphaltgesteige. In einer kurzen Strecke der Strasse sind jedoch noch keine Asphaltgesteige hergestellt. Mit einem Kostenaufwand von 7.500 Schilling werden nunmehr auch in dieser Strecke Asphaltgesteige hergestellt. In Hietzing hat sich beim Umbau der Maxingstrasse die Notwendigkeit ergeben, die anschliessenden Strecken der Weidlichgasse und der Gloriettogasse mit der neuhergestellten Maxingstrasse in entsprechende Verbindung zu bringen, um jede Verkehrsbehinderung auszuschliessen. Bei dieser Gelegenheit soll auch die Ableitung der Niederschlagswässer in dieser Gegend geregelt werden. Ausserdem werden die längs der Friedhofsmauer laufenden erhöhten Gehsteige entfernt und Gehsteige in der Höhe der Fahrbahn hergestellt, wodurch der für den Fussgängerverkehr zur Verfügung stehende Raum weit aus vergrössert wird. Die Kosten dieser im Rahmen des ausserordentlichen Strassenbauprogramms durchzuführenden Arbeiten betragen rund 25.000 Schilling. Schliesslich soll in Floridsdorf die Hirschstettener Strasse bei der Ostbahnunfahung umgebaut werden. An Stelle der schiefen Makadamfahrbahn wird eine mit Kleinsteinen gepflasterte Fahrbahn mit Kaltasphaltpfugenverguss hergestellt. Die notwendigen Kosten betragen rund 46.000 Schilling.

.....

## Sitzung der Bezirksvertretung Alsergrund.

Am Mittwoch, den 27. September, um 6 Uhr abends hält die Bezirksvertretung Alsergrund eine öffentliche und vertrauliche Sitzung ab.

.....

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

275

Wien, am 26. September 1933

Geehrte Redaktion!

Der geschäftsführende Präsident des Stadtschulrates für Wien, Nationalrat Otto Glöckel, ladet hiemit zu einer am Samstag, den 30. September, um 12 Uhr mittags im Stadtschulratsgebäude, Burgring 9, erster Stock, Saal 7, stattfindenden

P r e s s e k o n f e r e n z

ein.

In dieser Pressekonferenz wird Präsident Glöckel wichtige Mitteilungen über den Schulbeginn 1933 machen.

Wir ersuchen, zu dieser Pressekonferenz einen Vertreter Ihres geschätzten Blattes zuverlässig zu entsenden.

.....

## Ehrung des Polarforschers Wegener.

Der Gemeinderatsausschuss für allgemeine Verwaltungsangelegenheiten hat in seiner letzten Sitzung auf Antrag des Gemeinderates Beisser beschlossen, die bisher unbenannte Gasse zwischen der Leopold Steiner-Gasse und der Daringergasse in Döbling nach dem bekannten Polarforscher Alfred Wegener zu benennen. Wegener machte drei Polarexpeditionen mit. Die erste Expedition, an der er teilnahm, fand in den Jahren 1906/1908 statt. Die zweite Expedition in den Jahren 1912/1913 galt der Durchquerung des grönländischen Inlandeises von Osten nach Westen. Im Jahre 1929 führte Wegener mit drei Begleitern eine Vorexpedition nach Grönland durch, an die sich im Frühjahr 1930 die eigentliche Expedition anschloss. Eine im Frühjahr 1931 ausgeschickte Hilfsexpedition fand den Schlitten und die Skier Wegeners und bei diesen Gegenständen bestattet des Forschers Leiche. Wegener war zuletzt Professor an der Grazer Universität. Die Erläuterungstafel wird folgende Aufschrift tragen: "Dr. Alfred Wegener (1880-1930), Universitätsprofessor, Polarforscher".

.....

## Spenden.

Der Vorstand der Sonderabteilung für Stoffwechselkrankheiten und Ernährungsstörungen im Krankenhaus der Stadt Wien in Lainz, Geheimer Medizinalrat Professor Dr. Carl Noorden, hat diesem Krankenhaus eine rund 1.000 Bände umfassende, hauptsächlich aus medizinischen Fachzeitschriften bestehende Bibliothek im Werte von etwa zwanzigtausend Schilling geschenkwise überlassen. Hofrat Dr. Hans Dechant, Rechtsanwalt in Wien, hat der Sonderabteilung für Strahlentherapie im Krankenhaus der Stadt Wien in Lainz einen Bücherschrein mit 225 Bänden Unterhaltungselektüre in deutscher, französischer, englischer und italienischer Sprache im Gesamtwerte von <sup>etwa</sup> tausend Schilling gespendet. Der Bürgermeister hat in der letzten Gemeinderatssitzung den Spendern den Dank ausgesprochen.

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Zweites Blatt

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am 26. September 1933

## Anfechtung von Notverordnungen durch die Wiener Landes- regierung.

Die Wiener Landesregierung hat in ihrer heutigen Sitzung den Beschluss gefasst, sieben auf Grund des kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetzes von der Bundesregierung oder von einzelnen Bundesministern erlassene Verordnungen gemäss Artikel 139 des Bundes-Verfassungsgesetzes beim Verfassungsgerichtshof anzufechten. Angefochten werden die Mietengesetznovelle 1933, die Bergarbeiterversicherungs-Verordnung, die Abänderung des Berggesetzes, die Verordnung, die die Verpflichtung zur Veröffentlichung amtlicher Verlautbarungen in Zeitungen festsetzt, die Verordnung, die die Untersagung der öffentlichen Vorführung ausländischer Rundfunksendungen ermöglicht, die Durchführungsverordnung zur Neuregelung der Zündmittelsteuer und die Verordnung betreffend die Einstellung der Vergütungen aus dem Ertrag der Branntweinsteuer, der Mineralwassersteuer und der Schaumweinsteuer an öffentliche Krankenanstalten und Krankenkassen.

## Diamantene Hochzeit.

Am Sonntag feierte das Wiener Ehepaar Peter und Marie Peloschek die sechzigste Wiederkehr des Tages seiner Eheschliessung. Der Jubilar erlernte in Wien das Kürschnergewerbe und leitete bis zum Jahre 1904 eine bekannte Uniformierungsanstalt, die er wegen Erkrankung dann seinem Sohn übergab. Peloschek leistete in seinem Gewerbe Hervorragendes und wurde wiederholt öffentlich ausgezeichnet. In seinem Wohnbezirk, auf der Landstrasse, war er durch mehr als zwanzig Jahre hindurch als Fürsorgerat tätig. Der Jubilar steht im 87. Lebensjahr, seine Frau ist 83 Jahr alt. Dem Ehepaar wurden neun Kinder geboren, von denen noch vier Kinder am Leben sind. An der Feier nahm in Vertretung des Bürgermeisters amtsführender Stadtrat Honay teil, der an das Jubelpaar eine herzliche Ansprache richtete und ihm die Ehrengaben der Stadt Wien überreichte.

## Mütterschule der Stadt Wien.

An der Mütterschule der Stadt Wien (Koch- und Haushaltungsschule der Stadt Wien), Brückengasse 3, beginnt am 2. Oktober ein neuer Säuglingskurs mit anschliessendem Praktikum in einem Säuglingsheim. Der Kurs umfasst zwölf Abende und wird Montag und Donnerstag von 18 Uhr 30 bis 20 Uhr 30 gehalten. Vorherige Anmeldung notwendig. Alle Auskünfte in der Schulkanzlei, Fernsprecher B. 25-4-19.

## Bezirksvertretung Mariahilf.

Die Bezirksvertretung Mariahilf tritt übermorgen, Donnerstag um 18 Uhr zu einer Plenarsitzung zusammen.

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

276

Wien, am 27. September 1933

Leopold Happisch- Bürger der Stadt Wien.

Feierliche Ueberreichung des Bürgerdiploms durch Bürgermeister Seitz.

Heute mittags überreichte Bürgermeister Seitz dem vom Wiener Gemeinderat zum Bürger der Stadt Wien ernannten Obmann des Gaues Wien des Touristenvereines "Die Naturfreunde", Leopold Happisch, das Bürgerdiplom. Zu der Feier hatten sich auch Vizebürgermeister Ammerling, die amtsführenden Stadträte Honay und Speiser, Präsident Glöckel, Präsident Weigl, Nationalrat Richter, die Verwandten, Freunde und Mitarbeiter des neuen Bürgers eingefunden.

In seiner Ansprache führte Bürgermeister Seitz aus: "Wir feiern heute einen Mann, der mit 70 Jahren knorrig und stark vor uns steht, förmlich ein Symbol der Kraft, die der Mensch aus der Verbindung mit der Natur schöpft. Ihm und einigen wenigen Männern um ihn verdanken wir einen ungeheuren Kulturfortschritt. Darum ist unsere heutige Feier kein Fest einer Partei, sondern ein Fest aller Wiener.

Vor Jahrzehnten haben Menschen wie Happisch den grossen Gedanken gefasst, die Kulturbewegung des Sozialismus auch zu erfüllen mit der Liebe zur Natur, mit dem Streben, die Natur sich zu erkämpfen. Pioniere einer grossen Idee, eines hohen Ideals waren diese Männer. Sie haben den Arbeiter aus der Enge der Fabrik und seiner dürftigen Wohnung hinaus geführt in die Berge, in die Natur, ihn zu einem anderen Menschen gemacht. Heute feiern wir einen von ihnen, einen Mann, der diese grosse Kulturbewegung geführt hat, der tausenden und abertausenden Menschen eine neue Idee, neue Ziele, neue Möglichkeiten für physische und geistige Entwicklung gewiesen hat. Leopold Happisch hat sich dadurch nicht nur um Wien allein, sondern um ganz Oesterreich, ja um das ganze deutsche Sprachgebiet wahrhaft grosse Verdienste errungen. Und diese grossen Verdienste sollen nun anerkannt werden, nicht nur von seinen Freunden und Mitarbeitern, sondern von allen seinen Mitbürgern, von der Stadt Wien. Wenn wir Happisch zu unserem Bürger ernannt haben, so sagen wir ihm damit, dass er unser ist, dass er uns allen gehört, ob seiner Verdienste um die Stadt. Das ist der Sinn der Bürgerernennung. Ich danke Leopold Happisch als Bürgermeister, als der erste Funktionär namens der ganzen Stadt und ich füge diesem Dank den Wunsch bei, dass unser neuer Bürger noch viele Jahre in seinem grossen Wirkungskreis tätig sein möge, uns allen ein Vorbild." (Grosser Beifall).

Bürgermeister Seitz überreichte sodann dem neuen Bürger das Bürgerdiplom, das ein Aquarell des akademischen Malers Oz-lberger, Blick vom Bisamberg auf Leopoldsberg, Kahlenberg und Hermannskogel, schmückt.

Leopold Happisch dankte dem Bürgermeister und der Stadt Wien in bewegten Worten für die Ernennung zum Bürger und versprach als echtes Wiener Kind, auch weiterhin wie bisher in Liebe seiner Vaterstadt zu dienen und stets für ihre Ehre einzutreten. (Beifall).

-----

# RATHAUSKORRESPONDENZ

II. Ausgabe.

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

277

Wien, am 27. September 1933.

---

## Ein unredlicher Beamter.

Anlässlich einer polizeilichen Untersuchung wegen angeblicher Mitschuld an dem Verbrechen nach § 144 des Strafgesetzes wurde der Magistrat auf die Möglichkeit der unredlichen Gebarung des Ober-Revidenten Josef Wustinger im magistratischen Bezirksamt Favoriten aufmerksam gemacht. Die vom Magistrat sofort eingeleitete Untersuchung ergab den dringenden Verdacht, dass Wustinger sich an Amtsgoldern vergriffen habe. Auf Vorhalt des belastenden Materiales hat Wustinger auch tatsächlich eingestanden, im Laufe der letzten Monate einen Betrag von 7000 bis 8000 Schilling veruntreut zu haben. Er behauptet, das Opfer von Erpresserinnen geworden zu sein.

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

278

Wien, am 28. September 1933

## Die Grabstätte Johann Schrammels.

Uebernahme in dauernde Erhaltung und Pflege durch die Gemeinde Wien.

Die Grabstätte des bekannten Wiener Musikers Johann Schrammel, nach dem das bekannte Schrammel-Quartett, das er mitbegründet hatte, benannt ist, befindet sich im Hernalser Friedhof. Zur Ehrung des um das Wiener Musikleben verdienten Mannes hat nun der Gemeinderatsausschuss für Wohlfahrtswesen und soziale Verwaltung beschlossen, die Erhaltung und Pflege der Grabstätte Schrammels im Hernalser Friedhof auf die Dauer des Friedhofsbestandes auf Kosten der Gemeinde Wien zu übernehmen.

## Ausgestaltung der elektrischen Strassenbeleuchtung.

In der nächsten Zeit werden in Hietzing die Kuefsteingasse, Sampogasse, der Schützplatz, die Draskovichgasse und der Laurentiusplatz, in Hernald die Schadinagasse, Gilmgasse, Schulhessgasse, Heigerleinstrasse, Hallirschgasse, Ferchergasse, Gräffergasse und Dittersdorfgasse und in der Brigittenau die Winarskystrasse und ein Teil der Durchlaufstrasse mit elektrischer Beleuchtung eingerichtet. Der Magistrat hat die Aufträge zur Durchführung der notwendigen Installationsarbeiten bereits vergeben.

## Jubilare der Ehe.

Am Samstag feierten die Ehepaare Adolf und Fanni Blumenkranz, Josef und Anna Kusebouch und Franz und Marie Weiwoda die fünfzigste Wiederkehr des Tages ihrer Eheschliessung. In Vertretung des Bürgermeisters nahm amtsführende Stadtrat Honay an den Familienfeiern teil, der die Jubelpaare beglückwünschte und ihnen die Ehrengaben der Stadt Wien überreichte.

## Gemeindevermittlungsamt Neubau.

Die nächsten Sühnverhandlungen beim Gemeindevermittlungsamt Neubau finden am 4., 11., 18. und 25. Oktober im Büro der Bezirksvertretung statt. Die Verhandlungen beginnen immer um 10 Uhr 30.

## Neue Kurse an der Koch- und Haushaltungsschule der Stadt Wien.

An der Koch- und Haushaltungsschule der Stadt Wien, Brückengasse 3 und Petrusgasse 10, beginnen demnächst folgende neue Kurse: Kochkurse für einfache, bürgerliche und feine Küche; Dauer drei Monate. Abendkurse für Weissnähen, Flicker und Kleidermachen; Dauer drei Monate. Koch- und Nähkurse für Hausgehilfinnen; Dauer sechs Monate. Kürzere Kurse für Servieren, Diätküche, Bäckereien und Einsieden. Alle Auskünfte in der Schulkanzlei. Prospekte auf Wunsch; Fernsprecher B 25-4-19.

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

279

Wien, am 29. September 1933.

## Mietzinszuschüsse der Gemeinde Wien.

Der vom Gemeinderat der Stadt Wien eingesetzte Beirat, dem die Entscheidung über die Gewährung von Zuschüssen zu Hauptmietzinsen zusteht, die das Viertausendfache des Friedenszinses übersteigen, hielt kürzlich seine neunzigste Sitzung ab. In dieser Sitzung wurden die Ansuchen von 663 Parteien in 79 Häusern behandelt und Mietzinszuschüsse im Betrage von monatlich 3.467 Schilling bewilligt. Insgesamt hat der Beirat bisher den Ansuchen von 53.756 Parteien in 6.262 Häusern stattgegeben und zusammen Monatsbeiträge in der Höhe von 307.379 Schilling genehmigt.

-----

## Verkehrsbeschränkungen auf der Heiligenstädterbrücke.

Zur Schonung der Brückenkonstruktion der Heiligenstädterbrücke hat der Wiener Magistrat im Einvernehmen mit der Bundespolizeidirektion eine Verordnung erlassen, wonach die zulässige Höchstbelastung für Fahrzeuge mit zehn Tonnen Gesamtgewicht, für Kraftwagenzüge mit 17'5 Tonnen Gesamtgewicht und für Fussgänger mit 350 Kilogramm auf den Geviertmeter festgesetzt worden ist. Menschenansammlungen sind auf der Brücke verboten. Umzüge und das Marschieren geschlossener Verbände sind nur auf den Gehwegen, nur in losen Gruppen und nicht im Gleichschritt gestattet. Auf der sonst leeren Fahrbahn dürfen sich nur ein Fahrzeug von 5'5 Tonnen bis zu 10 Tonnen oder ein Kraftwagenzug mit 17'5 Tonnen Gesamtgewicht oder höchstens zwei weniger als 5'5 Tonnen schwere Fahrzeuge befinden. Bei Herankommen eines Strassenbahnzuges an die Brücke ist das Einfahren anderer Fahrzeuge auf die Brücke in jeder Fahrtrichtung verboten. Für Fahrzeuge, die die Brückenkonstruktion nicht in höherem Masse als die vorgenannten Belastungen beanspruchen, können in besonderen Fällen Ausnahmen vom Magistrat im Einvernehmen mit der Bundespolizeidirektion bewilligt werden. Uebertretungen dieser Verordnung werden von der Bundespolizeidirektion gemäss dem Strassenpolizeigesetz mit Geldstrafen bis zu 500 Schilling, bei erschwerenden Umständen mit Arrest bis zu 4 Wochen bestraft, der an Stelle oder neben der Geldstrafe verhängt werden kann.

-----

## Freigabe der Prater-Hauptallee.

Auf Ansuchen der Wiener Stadion-Betriebsgesellschaft hat der Magistrat die Prater-Hauptallee übermorgen, Sonntag, von 12 Uhr bis 20 Uhr in der Strecke vom Praterstern bis zur Meiereistrasse für Benzin-kraftfahrzeuge mit Ausnahme von Krafträdern, Last- und Gesellschaftswagen freigegeben.

-----

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur: 280  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

II. Ausgabe.

Wien, am 29. September 1933.

## Einschränkungen im Wohnungsamt.

Die Massnahmen des Bundes gegenüber der Gemeinde Wien haben weitgehende Sparmassnahmen im Haushalt der Gemeinde zur Folge gehabt. So musste auch der Wohnhausbau gedrosselt werden. Im heurigen Jahr wurden die Wohnhausbauten, die am 31. Dezember 1932 noch nicht vollendet waren, weitergeführt und zum Teil fertiggestellt. Im Frühjahr wurde der Bau von 1.359 Wohnungen und 345 Stadtrandsiedlungshäuser begonnen. Im Herbst konnten neue Bauten nicht in Angriff genommen werden. Die fertigen Neubauten sind bereits besiedelt. In den nächsten Wochen, bis zum Jahresende, werden nur noch etwa 200 Wohnungen fertig werden. Die übrigen noch in Bau befindlichen Wohnungen werden erst im Jahre 1934 vollendet und besiedelt werden können.

Beim städtischen Wohnungsamt stehen derzeit 7.856 Wohnungssuchende in Vormerkung, also weit mehr, als Wohnungen in Bau sind. Dabei sind die Wohnungstauschansuchen, die beim Wohnungsamt erliegen, in der Zahl der Vorgemerkten nicht inbegriffen; sie betragen allein ein Vielfaches der Zahl der Wohnungslosen.

Da mit den noch im Bau befindlichen Wohnungen nicht einmal alle vorgemerkten Parteien versorgt werden können und überdies die Zahl der dringend wohnungsbedürftigen Parteien sich fast täglich durch unverschuldete Delogierungen vermehrt, können Neuvormerkungen im Wohnungsamt bis auf weiteres nicht entgegengenommen werden. Auch der allgemeine Parteienverkehr im städtischen Wohnungsamt muss daher bis auf weiteres eingestellt bleiben.

Das städtische Wohnungsamt hat heute folgende Verlautbarung erlassen:

" Da sämtliche Neubauten besiedelt sind und die Vollen-  
dung der noch in Bau befindlichen Wohnungen erst im Frühjahr 1934 zu ge-  
wärtigen ist, können Neuvormerkungen von Wohnungsansuchen und Wohnungs-  
tauschansuchen nicht mehr entgegengenommen werden, zumal schon heute um  
das Vielfache mehr Vormerkungen vorliegen, als voraussichtlich Wohnungen  
vergeben werden können.

Aus diesen Gründen bleibt auch der allgemeine Parteien-  
verkehr bis auf weiteres eingestellt."

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

281

Wien, am 30. September 1933

## Trauungen, Ehedispense und Konfessionsänderungen im Juli 1933.

Nach einem Bericht der Magistrats-Abteilung für Statistik wurden heuer im Juli in Wien 1.377 Trauungen vollzogen; das sind um 177 Trauungen weniger als im vergangenen Juni und um 187 Trauungen weniger als im Juli 1932. Vor römisch-katholischen Seelsorgern wurden im Berichtsmonate 947, vor der politischen Behörde 199 Ehen geschlossen.

Im vergangenen Juli wurden vom Wiener Magistrat 194 Ansuchen um Ehedispens bewilligt, ebensoviel wie im heurigen Juni, aber um 120 weniger als im Juli 1932. Von den im Berichtsmonate bewilligten 194 Ansuchen betrafen 119 Dispens vom Hindernis des bestehenden Ehebandes.

Aus dem Bericht der Magistrats-Abteilung für Statistik geht weiter hervor, dass heuer im Juli an den Wiener Magistrat 565 Anzeigen über Konfessionsänderungen erstattet wurden; das sind um 157 Anzeigen weniger als im Juni des heurigen Jahres und um 138 Anzeigen weniger als im Juli 1932. Im Berichtsmonate zeigten 367 Personen ihren Austritt aus der römisch-katholischen Kirche und 54 ihren Austritt aus der mosaischen Religionsgemeinschaft an; 229 Personen erklärten, konfessionslos bleiben zu wollen.

.....

## Fremde besichtigen das Wiener Rathaus.

Wie die Rathausverwaltung mitteilt, haben im vergangenen August 596 Personen die Sitzungs- und Festsäle des Wiener Rathauses besichtigt, und zwar 183 Einzelbesucher und 11 Reisegruppen mit zusammen 413 Teilnehmern. Von den Einzelbesuchern waren 27 aus den österreichischen Bundesländern gekommen, 2 aus Deutschland, 5 aus der Schweiz, 2 aus der Tschechoslowakei, 15 aus Ungarn, 12 aus Rumänien, 11 aus Frankreich, 4 aus Belgien, 3 aus Holland, 27 aus England, 3 aus Schottland, 2 aus Finnland, 2 aus Spanien, 39 aus Italien, 5 aus Polen, 3 aus Britisch-Indien, 2 aus Aegypten, 1 aus Viktoria, 16 aus den Vereinigten Staaten und 2 aus Brasilien. Von den Reisegruppen sind 4 Schülerreisen aus österreichischen Bundesländern, je eine Reisegesellschaft aus Ungarn, Bulgarien, England, Lettland und Britisch-Indien und zwei Reisegruppen aus Frankreich hervorzuheben.

.....

## Schulbeginn 1933.

Heute fand im Gebäude des Stadtschulrates für Wien eine Pressekonferenz statt, in der der geschäftsführende Präsident des Stadtschulrates Nationalrat Otto Glöckel, über das neue Schuljahr interessante Mitteilungen machte. Für jene Blätter, die bei der Pressekonferenz nicht vertreten waren, liegt ein Bericht bei.

.....